

Bilanzsteuerrecht und Buchführung

von

Dr. Harald Horschitz
Professor

Walter Groß
Professor

Werner Weidner
Professor a. D.

Dozenten an der
Fachhochschule Ludwigsburg
Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen

8., neubearbeitete Auflage

2000
SCHAFFER-POESCHEL VERLAG
STUTTGART

p
Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 8. Auflage.....	Seite V
Abkürzungsverzeichnis.....	XXXVII
Literaturverzeichnis.....	XLI

A. Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten

	Einführung		
.1	Die Buchführung als Zweig des betrieblichen Rechnungswesens		
.1.1	Buchführung		
.1.2	Kosten- und Leistungsrechnung		
.1.3	Betriebsstatistik		
.1.4	Planung		
1.2	Oberbegriff „Aufzeichnungen“		
2.	Allgemeine (handelsrechtliche) Buchführungspflicht		
2.1	Gesetzliche Grundlagen		
2.2	Zur Buchführung verpflichtete Personen im einzelnen, Beginn und Beendigung der allgemeinen (handelsrechtlichen) Buchführungspflicht		
3.	Steuerliche Buchführungspflicht		
3.1	Aus Nichtsteuergesetzen abgeleitete Buchführungspflicht nach § 140 AO		
3.2	Besondere Buchführungspflicht für bestimmte Steuerpflichtige nach § 141 Abs. I AO		
3.3	Beginn und Wegfall der Buchführungspflicht		
4.	Sonstige Aufzeichnungspflichten		
4.1	Außersteuerliche sonstige Aufzeichnungspflichten		
4.2	Steuerliche sonstige Aufzeichnungspflichten		
4.2.1	Ergänzende Aufzeichnungen für Land- und Forstwirte (§ 142 AO)		12
4.2.2	Aufzeichnung des Wareneingangs (§ 143 AO)		12
4.2.3	Aufzeichnung des Warenausgangs (§ 144 AO)		12
4.2.4	Im ESt-Recht vorgeschriebene besondere Aufzeichnungen		12
4.2.5	Im USt-Recht vorgeschriebene besondere Aufzeichnungen		13
5.	Inhalt der Buchführungspflicht und allgemeine Anforderungen an die Buchführung und Aufzeichnungen		14
5.1	Grundsätzliche handelsrechtliche und steuerliche Regelungen für die Buchführung		14
5.2	Wichtige Grundsätze für die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses		15
5.3	Regelungen in der AO		15
5.4	Ausgestaltung der Buchführung		15
5.5	Rechnungslegung (Buchführung und Jahresabschluß) und Einführung des Euro		16
5.5.1	Allgemeines		16
5.5.2	Umrechnungskurse für die Währungen der EWWU-Staaten		16
5.5.3	Grundsätze der Umrechnung		17
5.5.4	Umstellung von Jahresabschluß und Buchführung auf den Euro		18

5.5.4.1	Wahlrecht zwischen DM und Euro beim Jahresabschluß	18
5.5.4.2	Wahlrecht für die laufende Buchführung.....	18
5.5.4.3	Umstellung der laufenden Buchführung und des Jahresabschlusses auf den Euro.....	18
5.5.5	Auswirkungen der Umstellung auf den Euro auf einzelne Bilanzposten.....	19
5.5.6	Sonderregelungen für bestimmte Steuerbereiche	20
6.	Handelsrechtliche und steuerliche Aufbewahrungspflichten. . . .	20
7.	Bewilligung von Erleichterungen.....	21
8.	Verletzung von Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten und ihre Folgen.....	22
	Unterschiede in den Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten zwischen Steuerpflichtigen, die den Gewinn nach § 4 Abs. 1 „ oder § 5 EStG ermitteln.....	23
10.	Pflichten für Unternehmer, die freiwillig Bücher führen und Abschlüsse tätigen.....	24

B. Die Technik der doppelten Buchführung

1.	Die Grundlagen der Buchführung	25
1.1	Die Inventur.....	25
1.2	Das Inventar.....	25
1.3	Inventurerleichterungen.....	25
1.3.1	Allgemeines.....	25
1.3.2	Festwert.....	26
1.3.3	Gruppenbewertung	27
1.3.4	Stichprobeninventur.....	27
1.3.5	Permanente Inventur.....	27
1.3.6	Zeitverschobene Inventur.....	28
1.3.7	Buchmäßige Bestandsaufnahme für Anlagevermögen	29
1.4	Die Bilanz.....	29
1.5	Der Abschluß.....	30
1.6	Die Gewinn- und Verlustrechnung.....	30
1.6.1	Allgemeines.....	30
1.6.2	Beispiel für Gewinn- und Verlustrechnung in Kontoform	30
1.6.3	Beispiel für Gewinn- und Verlustrechnung in Staffelform	31
1.6.4	Gliederung bei Kapitalgesellschaften.....	31
2.	Die Funktion der doppelten Buchführung	32
2.	Sachkonten.....	32
2.	Bestandskonten.....	32
2.	Erfolgskonten.....	32
2.	Gewinn- und Verlustkonto.....	33
2.	Privatkonten.....	33
2.	Schema für den Abschluß der Sachkonten	33
2.	Buchungssatz.....	34
2.	Hinweis.....	34
2.2	Personenkonten.....	34
2.3	Anlagekonten.....	34

3.	Organisation der Buchführung	35
3.1	Buchführungssysteme	35
3.2	Methoden und Organisationsformen der doppelten Buchführung	35
3.2.1	Übertragungsbuchführung	35
3.2.2	Amerikanisches Journal	36
3.2.3	Durchschreibebuchführung	36
3.2.4	EDV-Buchführung	37
3.2.4.1	Externe EDV-Buchführung	37
3.2.4.2	Interne EDV-Buchführung	38
3.2.4.3	Besonderheiten	40
3.2.5	Offene-Posten-Buchhaltung	40
3.3	Kassenbuchführung	41
3.4	Hauptabschlußübersicht	43
3.5	Selbständige Buchungskreise	46
3.5.1	Filialbuchführung	46
3.5.2	Devisenbuchführung	47
3.5.3	Geheimbuchführung	48

C. Begriff des Gewinns, die Gewinn- und Verlustrechnung und die steuerlichen Gewinnermittlungsarten

	0	
1.	Allgemeines	49
1.1	Die Bedeutung des Gewinns für die Besteuerung	49
1.2	Der handelsrechtliche Gewinnbegriff	49
1.3	Der grundsätzliche steuerliche Gewinnbegriff	50
1.4	Gewinnermittlungszeitraum und Geschäftsjahr bzw. Wirtschaftsjahr	50
1.4.1	Das handelsrechtliche Geschäftsjahr	51
1.4.2	Das steuerliche Wirtschaftsjahr	51
2.	Die Gewinn- und Verlustrechnung als Bestandteil des Jahresabschlusses	52
2.1	Allgemeines	52
2.1.1	Begriff, Bedeutung und Inhalt der GuV-Rechnung	52
2.1.2	Form und Gliederung der GuV-Rechnung	52
2.1.3	Bedeutung der GuV-Rechnung für die Besteuerung	53
2.2	Die handelsrechtlichen und betriebswirtschaftlichen Erträge und Aufwendungen	53
2.2.1	Allgemeines	53
2.2.2	Begriff: Ertrag (Erträge)	53
2.2.3	Begriff: Aufwand (Aufwendungen)	54
2.3	Die steuerlichen Betriebseinnahmen und Betriebsausgaben	54
2.3.1	Begriff der Betriebseinnahmen	54
2.3.2	Abgrenzung der Betriebseinnahmen zu den außerbetrieblichen Einnahmen	55
2.3.3	Steuerfreie Betriebseinnahmen	55
2.3.3.1	Investitionszulagen nach dem Investitionszulagengesetz 1996	56
2.3.3.2	Erwerb von Freianteilen an Kapitalgesellschaften aufgrund einer Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln	56
2.3.4	Begriff der Betriebsausgaben	56
2.3.5	Abgrenzung der Betriebsausgaben zu anderen Aufwendungen	57
2.3.6	Arten der Betriebsausgaben	59

2.3.6.1	Sofort abzugsfähige Betriebsausgaben.....	59
2.3.6.2	Nicht sofort abzugsfähige Betriebsausgaben.....	60
2.3.6.3	Nicht abzugsfähige und beschränkt abzugsfähige Betriebsausgaben nach § 4 Abs. 5 EStG.....	62
2.3.6.3.1	Grundsätzliches.....	62
2.3.6.3.2	Geschenke (§ 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 1 EStG).....	62
2.3.6.3.3	Aufwendungen für die Bewirtung von Personen aus geschäftlichem Anlaß (§ 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 2 EStG).....	63
2.3.6.3.4	Aufwendungen für Gasthäuser (§ 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 3 EStG).	65
2.3.6.3.5	Aufwendungen für Jagd, Fischerei, Jachten und für ähnliche Zwecke (§ 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 4 EStG).....	65
2.3.6.3.6	Mehraufwendungen für Verpflegung (§ 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 5 und 6a EStG).....	65
2.3.6.3.7	Aufwendungen für Fahrten zwischen Wohnung und Betrieb und für Familienheimfahrten (§ 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 6 EStG).	66
2.3.6.3.8	Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer sowie die Kosten der Ausstattung (§ 4 Abs. 6b EStG).....	66
2.3.6.3.9	Unangemessene Aufwendungen anderer Art, die auch die Kosten der Lebensführung des Steuerpflichtigen oder anderer Personen berühren (§ 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 7 EStG).....	66
2.3.6.3.10	Geldbußen, Ordnungsgelder und Verwarnungsgelder (§ 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 8 EStG).....	66
2.3.6.3.11	Zinsen auf hinterzogene Steuern nach § 235 AO (§ 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 8a EStG).....	66
2.3.6.3.12	Aufwendungen für Schmiergelder u.a. (§ 4 Abs. 10 EStG).	66
2.3.6.4	Aufzeichnungspflicht für nicht abzugsfähige und beschränkt abzugsfähige Betriebsausgaben.....	66
2.3.6.5	Betriebsausgaben, die mit steuerfreien Betriebseinnahmen wirtschaftlich zusammenhängen.....	67
2.3.6.6	Besondere Regelung für den Abzug von Schuldzinsen als Betriebsausgaben nach § 4 Abs. 4a EStG.....	67
3.	Die steuerlichen Gewinnermittlungsarten im einzelnen	67
3.1	Die Gewinnermittlung durch Bestandsvergleich nach § 4 Abs. 1 EStG.....	67
3.1.1	Personenkreis.....	67
3.1.2	Begriff des Betriebsvermögens.....	67
3.1.2.1	Mengenmäßige Bedeutung.....	68
3.1.2.2	Wertmäßige Bedeutung.....	68
3.1.3	Ausscheiden nichtbetrieblicher Vorgänge.....	69
3.1.3.1	Begriff und Umfang der Entnahmen.....	69
3.1.3.2	Begriff und Umfang der Einlagen.....	70
3.1.4	Die Bilanz nach § 4 Abs. 1 EStG.....	71
3.2	Die Gewinnermittlung durch Bestandsvergleich nach § 5 EStG	72
3.2.1	Unterfall des § 4 Abs. 1 EStG.....	72
3.2.2	Personenkreis.....	72
3.2.3	Die Bilanz nach § 5 EStG.....	73
3.2.3.1	Allgemeine Grundsätze.....	73
3.2.3.2	Verhältnis der Handelsbilanz zur Steuerbilanz.....	73
3.3	Die Gewinnermittlung durch Einnahmen-Überschuß-Rechnung nach § 4 Abs. 3 EStG.....	74

3.3.1	Begriff und Wesen der Einnahmen-Überschuß-Rechnung	74
3.3.2	Berechtigter Personenkreis.....	75
3.3.3	Unterschiede zwischen Einnahmen-Überschuß-Rechnung und Bestandsvergleich...!/?.....	76
3.3.4	Betriebseinnahmen bei der Überschußrechnung.....	77
3.3.5	Betriebsausgaben bei der Überschußrechnung.....	77
3.3.5.1	Sofort abzugsfähige Betriebsausgaben.....	78
3.3.5.2	Erwerb von abnutzbaren Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens ...	78
3.3.5.3	Erwerb von nicht abnutzbaren Wirtschaftsgütern des Anlage- vermögens.....	79
3.3.5.4	Erwerb von immateriellen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens	80
3.3.5.5	Erwerb von Wirtschaftsgütern des Umlaufvermögens.....	80
3.3.6	Behandlung der Einlagen und Entnahmen.....	81
3.3.6.1	Einlagen.....	81
3.3.6.2	Entnahmen.....	81
3.3.7	Besonderheiten bei der Überschußrechnung.....	82
3.3.7.1	Reine Geldbewegungen.....	82
3.3.7.2	Anzahlungen, Vorauszahlungen, Teilzahlungen und Abschlags- zahlungen, Vorschüsse.....	83
3.3.7.3	Erhalt und Zahlungen von Abfindungen.....	83
3.3.7.4	Behandlung eines Damnums.....	83
3.3.7.5	Schwund bei Vorräten und anderen Wirtschaftsgütern durch Diebstahl, Verderb u.ä.!	83
3.3.7.6	Erlaß von Forderungen und Schulden.....	84
3.3.7.7	Veräußerung und Aufgabe eines Betriebs.....	85
3.3.8	Aufzeichnungspflicht für Steuerpflichtige, die den Gewinn durch Überschußrechnung ermitteln.....	85
3.4	Gewinnermittlung nach Durchschnittssätzen.....	85
3.5	Gewinnermittlung durch Schätzung.....	85
3.6	Wechsel der Gewinnermittlungsart.....	86
3.6.1	Wechsel von der Überschußrechnung zum Bestandsvergleich	86
3.6.2	Wechsel vom Bestandsvergleich zur Überschußrechnung	89

D. Wirtschaftsgut

1.	Handelsrecht und Steuerrecht.....	94
2.	Begriff des Wirtschaftsguts.....	94
3.	Zurechnung.....	94
4.	Anteile an einem Wirtschaftsgut.....	96

E. Abgrenzung des Betriebsvermögens vom Privatvermögen

1.	Notwendiges Betriebsvermögen - gewillkürtes Betriebs- vermögen-notwendiges Privatvermögen.....	97
1.1	Grundsätze.....	97
1.2	Notwendiges Betriebsvermögen.....	98
1.2.1	Gemischt-genutzte Wirtschaftsgüter als notwendiges Betriebsvermögen.....	98
1.2.2	Neutrale Wirtschaftsgüter als notwendiges Betriebsvermögen	99
1.2.3	Folgen der Einordnung als notwendiges Betriebsvermögen.....	100

1.3	Gewillkürtes Betriebsvermögen.....	100
1.3.1	Gemischt-genutzte Wirtschaftsgüter als gewillkürtes Betriebsvermögen.	100
1.3.2	Neutrale Wirtschaftsgüter als gewillkürtes Betriebsvermögen.	101
1.3.3	Folgen der Einordnung als gewillkürtes Betriebsvermögen.	103
1.4	Notwendiges Privatvermögen.....	103
1.4.1	Gemischt-genutzte Wirtschaftsgüter als notwendiges Privatvermögen.....	103
1.4.2	Neutrale Wirtschaftsgüter als notwendiges Privatvermögen.	104
1.4.3	Folgen der Einordnung als notwendiges Privatvermögen.	104
2.	Grundstücke im Betriebsvermögen.....	105
2.1	Grund und Boden.....	105
2.2	Gebäude.....	105
2.2.1	Wirtschaftsgut „eigenbetrieblich genutzter Gebäudeteil“.....	106
2.2.2	Wirtschaftsgut „fremdbetrieblich genutzter Gebäudeteil“.....	107
2.2.3	Wirtschaftsgut „zu fremden Wohnzwecken genutzter Gebäudeteil“..	107
2.2.4	Wirtschaftsgut „zu eigenen Wohnzwecken genutzter Gebäudeteil“ ..	108
2.2.4.1	Rechtslage ab 1.1.1987 ..	108
2.2.4.2	Rechtslage bis 31.12.1.986 (fortführbar bis 1998).....	108
2.2.4.3	Übergangsregelung bis 1998.....	109
3.	Forderungen und Verbindlichkeiten.....	109
3.1	Forderungen.....	109
3.2	Verbindlichkeiten.....	110
3.2.1	Entstehen der Verbindlichkeiten.....	110
3.2.2	Spätere Veränderungen.....	111
3.2.3	Tilgung einer Schuld.....	114
3.2.3.1	Kontokorrentkonto.....	115
3.2.3.2	Darlehenskonto.....	118
3.2.3.3	Zwei- und Dreikonten-Modell.....	118
3.2.4	Abfindungszahlung an weichende Miterben.....	119
3.2.5	Zahlungen bei vorweggenommener Erbfolge.....	121
3.2.6	Zahlungen anlässlich des Zugewinnausgleichs.....	122

F. Einlagen und Entnahmen

1.	Einlagen.....	124
1.1	Handelsrecht und Steuerrecht.....	124
1.2	Begriff.....	124
1.2.1	Einlage von Wirtschaftsgütern.....	124
1.2.2	Einlage von Nutzungen und Leistungen.....	124
1.3	Folgewirkungen.....	126
1.4	Bewertung der Einlagen.....	126
1.5	Abschreibung von eingelegten Wirtschaftsgütern.....	128
1.6	Abgrenzungen.....	129
2.	Entnahmen.....	130
2.2	Begriff.....	130
2.2.1	Entnahme von Wirtschaftsgütern.....	133
2.2.2	Entnahme von Nutzungen und Leistungen.....	134
2.2.3	Entnahmen in Fällen des § 12 EStG.....	134
2.3	Folgewirkungen.....	138
2.4	Bewertung der Entnahmen.....	139

2.5	Sachspenden	140
2.6	Umsatzsteuer ..o.....	140
2.7	Abgrenzungen.....	140
3.	Sonderfälle	141
3.1	Pkw-Nutzung.....	141
3.1.1	Private Nutzung eines betrieblichen Pkw.....	141
3.1.2	Fahrten zwischen Wohnung und Betriebsstätte.....	142
3.1.3	Betriebliche Nutzung eines privaten Pkw.....	143
3.1.4	Wertung.....	144
3.1.5	Unfälle mit betrieblichen Pkw auf privaten Fahrten.....	144
3.1.6	Unfälle mit privaten Pkw auf betrieblichen Fahrten.....	144
3.2	Gebäudenutzung.....	145
3.2.1	Betriebliche Nutzung eines Gebäudeteils des Privatvermögens.....	145
3.2.2	Privatnutzung eines Gebäudeteils des Betriebsvermögens.....	146
3.2.2.1	Rechtslage ab 1.1.1987.....	146
3.2.2.2	Rechtslage bis 31.12.1986 und Übergangsregelung.....	146
3.2.2.3	Besteuerung des Nutzungswertes.....	148

G. Allgemeine und konkrete Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

1.	Unterscheidung zwischen Bilanzierung und Bewertung	150
2.	Handelsrechtliche Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB).....	150
2.1	Allgemeines.....	150
2.2	Bereiche der allgemeinen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung.....	151
2.2.1	Grundsätze ordnungsmäßiger „Buchführung“ im engeren Sinne.....	151
2.2.2	Grundsätze ordnungsmäßiger Inventur.....	152
2.2.3	Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung und Bewertung.....	152
3.	Allgemeine Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung und Bewertung.....	152
3.1	Grundsatz der Bilanzwahrheit, der Bilanzklarheit und des Verrechnungsverbots.....	152
3.2	Grundsatz der Vollständigkeit.....	153
3.3	Grundsatz der Bilanzidentität (Bilanzenzusammenhang) und Bilanzenkontinuität.....	153
3.4	Going-Concern-Prinzip.....	156
3.5	Stichtagsprinzip.....	156
3.6	Grundsatz der Einzelbewertung.....	156
3.7	Vorsichtsprinzip, Realisationsprinzip und Imparitätsprinzip.....	156
3.8	Grundsatz der Periodenabgrenzung (Abgrenzungsprinzip).....	158
4.	Grundsatz der Maßgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuerbilanz.....	158
4.1	Personenkreis, Begriff und Inhalt des Maßgeblichkeitsgrundsatzes...	158
4.2	Anwendung des Maßgeblichkeitsgrundsatzes bei handelsrechtlichen und steuerlichen Bilanzierungs-und Bewertungswahlrechten	159
4.2.1	Bilanzierungswahlrechte.....	159
4.2.2	Bewertungswahlrechte.....	160
4.3	Umkehrung des Maßgeblichkeitsgrundsatzes.....	161

5.	Überblick über die konkreten handelsrechtlichen und steuerlichen Bilanzierungsgrundsätze der Bilanzierungsfähigkeit (Bilanzierungsgebot), des Bilanzierungsverbots, des Bilanzierungswahlrechts und der Bilanzierungshilfe.	161
5.1	Bilanzierungsfähigkeit (Bilanzierungsgebote)	161
5.1.1	Handelsrechtliche Regelungen	161
5.1.2	Steuerliche Regelungen	162
5.1.3	Beispiele für Bilanzierungsgebote	162
5.2	Bilanzierungswahlrechte	163
5.2.1	Handelsrechtliche Regelungen	163
5.2.2	Steuerliche Regelungen	164
5.3	Bilanzierungsverbote	165
5.3.1	Handelsrechtliche Regelungen	165
5.3.2	Steuerliche Regelungen	166
5.4	Bilanzierungshilfen	166
5.4.1	Handelsrechtliche Regelungen	166
5.4.2	Steuerliche Behandlung	168
5.5	Übersicht über die handelsrechtlichen und steuerlichen Bilanzierungsgebote, Bilanzierungswahlrechte, Bilanzierungsverbote und Bilanzierungshilfen	169
6.	Anwendung der konkreten handelsrechtlichen und steuerlichen Bewertungsgrundsätze (Bewertungsmaßstäbe)	171
6.1	Allgemeines	171
6.2	Überblick über die handelsrechtlichen und steuerlichen Bewertungsgrundsätze für die Vermögensgegenstände bzw. Besitzposten	172
6.2.1	Handelsrechtliche Bewertungsgrundsätze (§ 253 HGB), die wegen des Maßgeblichkeitsgrundsatzes auch ertragsteuerlich für Steuerpflichtige gelten, die den Gewinn nach § 5 EStG ermitteln (soweit nicht ein steuerliches Verbot besteht)	173
6.2.1.1	Erstmaliger Bilanzansatz	174
6.2.1.2	Wertansatz zu einem nachfolgenden Bilanzstichtag	176
6.2.2	Steuerliche Bewertungsgrundsätze des § 6 Abs. 1 Nr. 1 und 2 EStG, die nur für Steuerpflichtige gelten, die den Gewinn nach § 4 Abs. 1 EStG ermitteln	182
6.2.2.1	Erstmaliger Bilanzansatz	182
6.2.2.2	Wertansatz zu einem nachfolgenden Bilanzstichtag	184
6.2.3	Voraussichtlich dauernde Wertminderung i.S. von § 6 Abs. 1 Nr. 1 Satz 2 und Nr. 2 Satz 2 EStG	190
6.3	Die Anwendung der maßgebenden Bewertungsgrundsätze im einzelnen	191
6.3.1	Anwendung der handelsrechtlichen und steuerlichen Bewertungsgrundsätze im Rahmen des Maßgeblichkeitsgrundsatzes für Steuerpflichtige, die den Gewinn nach § 5 EStG ermitteln	191
6.3.1.1	Einschränkung durch den steuerlichen Bewertungsvorbehalt des § 5 Abs. 6 EStG	191
6.3.1.2	Wertansatz bei steuerlichen Bilanzierungswahlrechten	192
6.3.1.3	Nichtanwendung des Maßgeblichkeitsgrundsatzes bei falschem Wertansatz in der Handelsbilanz	193
6.3.2	Behandlung der abnutzbaren Vermögensgegenstände bzw. Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens	193
6.3.2.1	Begriff und Umfang des abnutzbaren Anlagevermögens	193

	0	
6.3.2.2	Wertansätze.....	193
6.3.2.3	Eingeschränkter Wertzusammenhang und Wertaufholung	194
6.3.2.4	Beispiele.....	195
6.3.3	Behandlung der nicht abnutzbaren Vermögensgegenstände bzw. Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens.....	198
6.3.3.1	Begriff und Umfang des nichtabnutzbaren Anlagevermögens	198
6.3.3.2	Wertansätze.....	198
6.3.3.3	Eingeschränkter Wertzusammenhang und Wertaufholung	198
6.3.3.4	Beispiele.....	199
6.3.4	Behandlung der Vermögensgegenstände bzw. Wirtschaftsgüter des Umlaufvermögens.....	200
6.3.4.1	Begriff und Umfang des Umlaufvermögens.....	200
6.3.4.2	Wertansätze.....	201
6.3.4.3	Eingeschränkter Wertzusammenhang und Wertaufholung	201
6.3.4.4	Beispiele.....	201
6.3.5	Behandlung der Verbindlichkeiten.....	202
6.3.5.1	Begriff und Umfang der Verbindlichkeiten.....	202
6.3.5.2	Wertansätze.....	202
7.	Bewertungsvereinfachungsmethoden.....	202
7.1	Gruppenbewertung bzw. Durchschnittsbewertung	204
7.1.1	Begriff und begünstigte Vermögensgegenstände.....	204
7.1.2	Ermittlung des gewogenen Durchschnittswerts bei der Durchschnitts- bewertung und Gruppenbewertung mit Durchschnittswerten	206
7.2	Sammelbewertung nach einem Verbrauchsfolgeverfahren	207
7.2.1	Begriff und begünstigte Vermögensgegenstände.....	208
7.2.2	Die einzelnen Methoden und ihre steuerliche Anwendbarkeit	208
7.2.2.1	Die Fifo-Methode (first in - first out).....	208
7.2.2.1.1	Handelsrechtlich.....	208
7.2.2.1.2	Steuerrechtlich.....	208
7.2.2.2	Die Lifo-Methode (last in - first out).....	209
7.2.2.2.1	Handelsrechtlich.....	209
7.2.2.2.2	Steuerrechtlich.....	209
7.2.2.2.3	Methoden der Lifo-Bewertung.....	209
7.2.2.2.4	Besonderheit bei Absinken des Bestandes auf 0 Menge.....	212
7.2.2.2.5	Ansatz eines niedrigeren handelsrechtlichen Werts bzw. eines niedrigeren steuerlichen Teilwerts	212
7.2.2.2.6	Wechsel der Bewertungsmethode.....	212
7.2.2.2.7	Behandlung in der Handelsbilanz und Steuerbilanz.....	213
7.2.2.3	Die Hifo-Methode (highest in - first out).....	213
7.2.2.4	Andere Verbrauchsfolgemethoden.....	213
7.3	Festwertbewertung	213
7.3.1	Begriff und begünstigte Vermögensgegenstände.....	213
7.3.2	Voraussetzungen für die Festwertbewertung.....	214
7.3.3	Ermittlung des Festwerts.....	215
7.3.3.1	Ermittlung für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe.....	215
7.3.3.2	Ermittlung für Gegenstände des Sachanlagevermögens.....	216
7.3.3.2.1	Erstmalige Ermittlung.....	216
7.3.3.2.2	Überprüfung und Änderung des Festwerts.....	218
7.3.4	Behandlung der Ersatzbeschaffungen und Veräußerungen von Gegenständen aus einem Festwertbestand.....	219
7.3.5	Übergang vom Festwert zur Einzelbewertung.....	219

H. Die handelsrechtlichen und steuerlichen Bewertungsmaßstäbe und besondere Anschaffungsvorgänge

1.	Bedeutung der Anschaffungs- und Herstellungskosten im Handels- und Steuerrecht	220
2.	Anschaffungskosten (allgemeine Grundsätze)	221
2.1	Gesetzliche Begriffsbestimmung der Anschaffungskosten.....	221
2.2	Umfang der Anschaffungskosten.....	222
2.2.1	Zu den Anschaffungskosten gehörende Aufwendungen.....	222
2.2.1.1	Der Kaufpreis als Grundlage für die Ermittlung der Anschaffungskosten.....	222
2.2.1.2	Aufwendungen für die Schaffung der Betriebsbereitschaft und die Anschaffungsnebenkosten.....	224
2.2.2	Nicht zu den Anschaffungskosten gehörende Aufwendungen.....	225
2.2.3	Kaufpreisminderungen.....	226
2.2.4	Behandlung der Vorsteuer (Eingangs-Umsatzsteuer).....	226
2.2.4.1	In vollem Umfang abzugsfähige Vorsteuer.....	226
2.2.4.2	In vollem Umfang nicht abzugsfähige Vorsteuer.....	227
2.2.4.3	Nur teilweise abzugsfähige Vorsteuer.....	228
2.2.4.4	Änderung der Aufteilung der Vorsteuer mit Wirkung für die Vergangenheit (im Erstjahr, d.h. im Jahr der Anschaffung oder Herstellung).....	231
2.2.4.5	Berichtigung des Vorsteuerabzugs nach § 15a UStG.....	233
2.3	Nachträgliche Änderung der Anschaffungskosten.....	234
2.3.1	Nachträgliche Anschaffungskosten.....	234
2.3.2	Nachträgliche Minderung der Anschaffungskosten.....	234
2.4	Aufteilungeines Gesamtkaufpreises.....	235
3.	Besondere Anschaffungsvorgänge	235
3.1	Anschaffungskosten bei Erwerb gegen Renten- oder Ratenzahlungen.....	235
3.1.1	Begriff und Abgrenzung der Renten und Raten.....	235
3.1.2	Behandlung von betrieblichen Anschaffungen bzw. Veräußerungen gegen Zahlung einer Kaufpreis- bzw. Veräußerungsrente.....	236
3.1.2.1	Erwerb bzw. Veräußerung eines Betriebs oder Teilbetriebs.....	236
3.1.2.1.1	Behandlung beim Erwerber.....	236
3.1.2.1.2	Behandlung beim Veräußerer.....	238
3.1.2.1.3	Fall zur Veräußerung eines ganzen Betriebs.....	239
3.1.2.2	Erwerb bzw. Veräußerung einzelner Wirtschaftsgüter des Betriebsvermögens.....	241
3.1.2.2.1	Behandlung beim Erwerber.....	241
3.1.2.2.2	Behandlung beim Veräußerer.....	242
3.1.2.2.3	Fall zur Veräußerung eines Wirtschaftsguts.....	242
3.1.2.3	Auswirkung von Wertsicherungsklauseln.....	244
3.1.2.4	Vorzeitiger Wegfall der Rentenlast beim Rentenverpflichteten.....	245
3.1.3	Behandlung von betrieblichen Anschaffungen bzw. Veräußerungen gegen Ratenzahlungen.....	245
3.1.3.1	Behandlung beim Erwerber.....	245
3.1.3.2	Behandlung beim Veräußerer.....	247
3.1.3.2.1	Veräußerung eines Betriebs.....	247
3.1.3.2.2	Veräußerung eines Teilbetriebs oder einzelner Wirtschaftsgüter des Betriebsvermögens.....	248

i	3.2	Anschaffungskosten bei Erwerb durch Tausch.....	248
s	3.2.1	Allgemeine Grundsätze.....	248
:	3.2.2	Tausch gleichwertiger Wirtschaftsgüter.....	250
	3.2.3	Tausch mit Zuzahlung (Baraufgabe).....	251
i	3.2.4	Tausch mit Zuzahlung und verdecktem Preisnachlaß.....	254
	3.2.5	Sonderfälle.....	257
	3.2.5.1	Gewinnverwirklichung beim Tausch mit verzögerter Gegenleistung	257
y	3.2.5.2	Funktionsgleicher Tausch von Anteilsrechten an Kapital-	
		gesellschaften.....	258
•	3.2.5.3	Tausch von Mitunternehmeranteilen.....	260
i	3.2.5.4	Tausch von Güterfernverkehrsgenehmigungen.....	260
;	3.2.5.5	Tausch von Grundstücken.....	260
!	3.3	Anschaffungskosten bei Mietkauf und Leasing.....	260
	3.3.1	Kauf nach Miete.....	261
	3.3.1.1	Ertragsteuerliche und umsatzsteuerliche Behandlung.....	261
	3.3.1.2	Fall.....	261
	3.3.2	Mietkaufverträge.....	262
	3.3.2.1	Ertragsteuerliche und umsatzsteuerliche Behandlung.....	262
	3.3.2.2	Fälle.....	264
	3.3.3	Leasingverträge.....	266
	3.3.3.1	Allgemeine Begriffsbestimmung und Erscheinungsformen.....	266
	3.3.3.2	Steuerliche Behandlung des Finanzierungs-Leasing von beweglichen	
		Wirtschaftsgütern bei Vollamortisation („Full-pay-out-Verträge“)....	268
1	3.3.3.2.1	Regelmäßiger Personenkreis.....	268
	3.3.3.2.2	Allgemeines und Abgrenzung des Full-pay-out-Leasing.....	268
!	3.3.3.2.3	Zurechnung des Leasing-Gegenstands.....	269
:	3.3.3.2.4	Buch- und bilanzmäßige Behandlung.....	272
•	3.3.3.2.5	Fall.....	275
*	3.3.3.3	Steuerliche Behandlung des Finanzierungs-Leasing von beweglichen	
1		Wirtschaftsgütern bei Teilamortisation („Non-pay-out-Leasing“) . . .	278
	3.3.3.4	Steuerliche Behandlung des Finanzierungs-Leasing	
		von unbeweglichen Wirtschaftsgütern (Immobilien-Leasing)	279
	3.4	Anschaffungskosten bei Übertragung stiller Reserven.....	279
	3.4.1	Allgemeine Grundsätze.....	279
\	3.4.1.1	Entstehung stiller Reserven.....	279
!	3.4.1.2	Aufdeckung dieser stillen Reserven.....	279
:	3.4.1.3	Vermeidung der sofortigen Versteuerung der aufgedeckten stillen	
]		Reserven.....	280
;	3.4.1.4	Auflösung der gebildeten steuerfreien Rücklage.....	281
f	3.4.2	Unterschiedliche Voraussetzungen für diese Vergünstigungen	282
f	3.5	Anschaffungskosten bei Erhalt von Zuschüssen.....	282
	3.5.1	Begriff und Arten von Zuschüssen.....	282
	3.5.2	Steuerliche Behandlung der Kapitalzuschüsse.....	283
	3.5.2.1	Wahlrecht für den Zuschußempfänger.....	283
j.	3.5.2.2	Besonderheiten beim Zuschußempfänger.....	283
	3.5.2.2.1	Erhalt des Kapitalzuschusses in einem späteren Jahr.....	283
	3.5.2.2.2	Erhalt des Kapitalzuschusses in einem früheren Jahr.....	284
	3.5.2.2.3	Investitionszulagen nach dem Investitionszulagengesetz	285
	3.5.2.3	Behandlung beim Zuschußgeber.....	285
	3.5.3	Steuerliche Behandlung der Ertragszuschüsse.....	285
	3.5.3.1	Behandlung beim Zuschußempfänger.....	285
	3.5.3.2	Behandlung beim Zuschußgeber.....	285

3.6	Anschaffungskosten bei Schwund.....	286
3.6.1	Allgemeine Grundsätze.....	286
3.6.2	Besonderheiten beim Vorratsvermögen.....	287
3.6.2.1	Diebstahl von Waren und Vorräten.....	287
3.6.2.2	Innerbetrieblicher Verbrauch.....	287
3.7	Anschaffungskosten beim Erwerb von Grundstücken im Zwangs- versteigerungsverfahren.....	287
3.7.1	Begriffsbestimmungen.....	287
3.7.2	Zusammensetzung der Anschaffungskosten.....	290
3.7.3	Sonderfall: Hypothekengläubiger ersteigert das Grundstück selbst ...	291
3.7.4	Fälle.....	291
3.8	Anschaffungskosten bei unentgeltlichem Erwerb (fiktive Anschaffungskosten).....	294
3.8.1	Begriffsbestimmung und Abgrenzung zwischen entgeltlichem, teilentgeltlichem und unentgeltlichem Erwerb.....	294
3.8.2	Steuerliche Behandlung des entgeltlichen Erwerbs, teilentgeltlichen Erwerbs (gemischte Schenkung) und des unentgeltlichen Erwerbs im betrieblichen Bereich.....	296
3.8.2.1	(Voll) entgeltlicher Erwerb.....	296
3.8.2.2	Teilentgeltlicher Erwerb (gemischte Schenkung) und unentgeltlicher Erwerb.....	296
3.8.3	Unentgeltliche Übertragung einzelner Vermögensgegenstände (Wirtschaftsgüter), die zuvor zum Betriebsvermögen einer anderen Person gehörten.....	299
3.8.3.1	Unentgeltliche Übertragung außer in den Fällen der Einlage	299
3.8.3.1.1	Behandlung beim Schenker (Rechtsvorgänger).....	299
3.8.3.1.2	Behandlung beim Erwerber (Rechtsnachfolger).....	299
3.8.3.1.3	Fälle.....	300
3.8.3.2	Unentgeltliche Übertragung aus privatem Anlaß.....	301
3.8.3.2.1	Behandlung beim Schenker (Rechtsvorgänger).....	301
3.8.3.2.2	Behandlung beim Erwerber (Rechtsnachfolger).....	301
3.8.3.2.3	Fall.....	302
3.8.4	Unentgeltliche Übertragung einzelner Vermögensgegenstände (Wirtschaftsgüter), die zuvor zum Privatvermögen einer anderen Person gehörten.....	302
4.	Herstellungskosten und ihre Ermittlung.....	303
4.1	Handelsrechtliche und steuerliche Bedeutung der Herstellungs- kosten.....	303
4.2	Begriff und Bestandteile der Herstellungskosten im Handelsrecht....	304
4.2.1	Gesetzliche Begriffsbestimmung der Herstellungskosten.....	304
4.2.2	Die Bestandteile der Herstellungskosten im einzelnen.....	306
4.2.2.1	Allgemeines, Grundbegriffe der Kosten- und Leistungsrechnung (Kalkulation) und Kalkulationsschema.....	306
4.2.2.2	Umfang und Abgrenzung der handelsrechtlichen Herstellungskosten	309
4.2.2.2.1	Materialeinzelkosten bzw. Materialkosten.....	309
4.2.2.2.2	Fertigungseinzelkosten bzw. Fertigungskosten.....	309
4.2.2.2.3	Sondereinzelkosten bzw. Sonderkosten der Fertigung.....	310
4.2.2.2.4	Materialgemeinkosten.....	310
4.2.2.2.5	Fertigungsgemeinkosten.....	311
4.2.2.2.6	Beschränkung auf angemessene Teile der notwendigen Material- und Fertigungsgemeinkosten.....	312

4.2.2.2.7	Wertverzehr des Anlagevermögens, das dem Material- und Fertigungsbereich dient.....	313
4.2.2.2.8	Allgemeine Verwaltungskosten und soziale Kosten sowie Zinsen für Fremdkapital.....	313
4.2.2.2.9	Vertriebskosten.....	314
4.2.2.3	Ausübung des handelsrechtlichen Wahlrechts im Rahmen der Bewertungsstetigkeit und der GoB.....	315
4.3	Begriff und Bestandteile der steuerlichen Herstellungskosten.....	315
4.3.1	Begriffsbestimmung des R 33 EStR.....	315
4.3.2	Bestandteile der steuerlichen Herstellungskosten (Übersicht).....	316
4.3.3	Besonderheiten bei den steuerlichen Herstellungskosten.....	318
4.3.4	Gegenüberstellung der handelsrechtlichen und steuerlichen Herstellungskosten.....	319
4.4	Steuerliche Herstellungskosten bei Grundstücken (Grund und Boden).....	320
4.5	Steuerliche Herstellungskosten bei Gebäuden.....	320
4.5.1	Begriff.....	320
4.5.2	Bestandteile und Umfang der Herstellungskosten von Gebäuden im einzelnen.....	321
4.5.2.1	Eigentliche Bauaufwendungen.....	321
4.5.2.2	Baunebenkosten.....	321
4.5.2.3	Aufwendungen, die die Errichtung des Gebäudes ermöglichen.....	322
4.5.2.4	Aufwendungen, die die Nutzung des Gebäudes ermöglichen.....	322
4.6	Zeitliche Abgrenzung der Herstellungskosten.....	323
4.7	Nachträgliche Herstellungskosten.....	324
4.8	Abgrenzung zwischen Herstellungsaufwand und Erhaltungsaufwand.....	324
4.9	Ermittlung der Herstellungskosten.....	325
4.9.1	Ergebnisse der Kosten- und Leistungsrechnung als Grundlage.....	325
4.9.2	Abweichungen gegenüber den Ergebnissen der Kosten- und Leistungsrechnung.....	327
4.9.3	Fälle.....	329
4.9.4	Buchtechnische Abwicklung nach dem Gemeinschaftskontenrahmen der Industrie (GKR) im Rahmen des Gesamtkostenverfahrens.....	336
4.9.5	Darstellung der Herstellungskosten im Rahmen der GuV-Rechnung nach dem Gesamtkostenverfahren (§ 275 Abs. 2 HGB) und Umsatzkostenverfahren (§ 275 Abs. 3 HGB).....	341
4.9.5.1	Darstellung nach dem Gesamtkostenverfahren (§ 275 Abs. 2 HGB).....	342
4.9.5.2	Darstellung nach dem Umsatzkostenverfahren (§ 275 Abs. 3 HGB).....	343
4.10	Die retrograde Ermittlung der Herstellungskosten.....	344
4.11	Ermittlung der Wiederherstellungskosten für eine außerplanmäßige Abschreibung (Teilwertabschreibung).....	345
5.	Ansatz eines niedrigeren Werts als die Anschaffungskosten oder Herstellungskosten (ggf. gemindert um planmäßige Abschreibungen).....	345
5.1	Der handelsrechtliche Börsen- oder Marktpreis bzw. beizulegende Wert.....	345
5.2	Der steuerliche Teilwert.....	346
5.2.1	Begriff des Teilwerts.....	346
5.2.2	Bedeutung des Teilwerts.....	347
5.2.3	Ermittlung des Teilwerts.....	347

5.2.3.1	Unterstellung einer Betriebsveräußerung und Abstellung auf einen anteiligen Betrag.....	347
5.2.3.2	Grenzwerte für den Teilwert.....	348
5.2.3.2.1	Obergrenze: Wiederbeschaffungskosten oder Wiederherstellungskosten.....	348
5.2.3.2.2	Untergrenze: Einzelveräußerungspreis bzw. Material- oder Schrottwert abzüglich Veräußerungskosten.....	349
5.2.3.3	Teilwertvermutungen.....	349
5.2.3.3.1	Teilwert im Zeitpunkt der Anschaffung eines Wirtschaftsguts.....	350
5.2.3.3.2	Teilwert zu späteren Zeitpunkten.....	350
5.2.3.4	Widerlegung der Teilwertvermutung.....	350
5.2.3.4.1	Teilwertabschreibung wegen Fehlmaßnahmen.....	350
5.2.3.4.2	Teilwertabschreibung wegen Sinkens der Wiederbeschaffungskosten.....	352
5.2.3.4.3	Teilwertabschreibung wegen Sinkens der erzielbaren Verkaufspreise bei Waren.....	352
5.2.4	Maßgebender Zeitpunkt für einen Teilwertansatz.....	355
5.2.5	Weitere Einzelfälle.....	356
5.2.5.1	Einfluß der Ertragslage auf die Höhe des Teilwerts.....	356
5.2.5.2	Teilwert bei Beteiligungen.....	357
5.2.6	Buchmäßige Behandlung einer Teilwertabschreibung.....	358

I. Abschreibungen

1.	Allgemeine Grundsätze.....	359
.1	Begriff und Aufgabe der Abschreibung.....	359
.2	Rechtsgrundlagen für die Abschreibung.....	359
.3	„Abschreibung“ als Oberbegriff für verschiedene Arten.....	361
.4	Abschreibungsfähige Vermögensgegenstände bzw. Wirtschaftsgüter.....	362
.5	Abschreibungsberechtigte Personen.....	362
.6	Bemessungsgrundlage für die Abschreibung.....	363
.7	Höhere steuerliche AfA als die planmäßige handelsrechtliche Abschreibung.....	364
1.8	Buchmäßige Formen der Abschreibung.....	364
2.	Die Absetzung für Abnutzung - AfA - (ohne Gebäude).....	364
2.1	Begriff und Bedeutung der AfA.....	364
2.2	Zwang zur AfA.....	364
2.3	AfA auf die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer.....	365
2.4	Bemessungsgrundlage für die AfA und nachträgliche Anschaffungs- oder Herstellungskosten.....	367
2.4.1	Grundsätzliche Bemessungsgrundlage für die AfA.....	367
2.4.2	Besondere Regelung für in das Betriebsvermögen eingelegte abnutzbare Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens.....	367
2.4.3	Bemessungsgrundlage für die AfA bei nachträglichen Anschaffungs- oder Herstellungskosten.....	368
2.5	Beginn der AfA.....	369
2.6	AfA im Jahr der Anschaffung oder Herstellung.....	369
2.7	AfA beim Ausscheiden eines Wirtschaftsguts.....	370
2.8	Die einzelnen AfA-Methoden.....	371
2.8.1	Übersicht.....	371
2.8.2	Die lineare AfA.....	371

2.8.3	Die Leistungs-AfA.....	372
2.8.4	Die degressive AfA.....	373
2.8.5	Wechsel der AfA-Methode.....	374
2.9	Verhältnis AfA und Teilwertabschreibung sowie AfA nach einer Teil Wertabschreibung.....v.....	374
3.	Besonderheiten bei der AfA für Gebäude und Gebäudeteile sowie für Außenanlagen.....	375
3.1	Eigenständige steuerliche Regelung für Gebäude.....	375
3.2	Begriff des Gebäudes und der selbständigen Gebäudeteile.....	375
3.3	Die lineare AfA nach § 7 Abs. 4 EStG.....	376
3.3.1	Höhere AfA nach gesetzlich bestimmter Abschreibungsdauer für Wirtschaftsgebäude im Betriebsvermögen (§ 7 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 EStG).....	376
3.3.2	AfA nach gesetzlich bestimmter Abschreibungsdauer für andere Gebäude (§ 7 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 EStG).....	377
3.3.3	AfA nach der tatsächlichen Nutzungsdauer (§ 7 Abs. 4 Satz 2 EStG).....	377
3.3.4	AfA im Jahr der Anschaffung oder Herstellung und im Jahr des Ausscheidens aus dem Betriebsvermögen.....	378
3.3.5	Lineare AfA für eingelegte Gebäude und Gebäudeteile.....	378
3.3.6	Fälle.....	379
3.4	Die degressive AfA nach § 7 Abs. 5 EStG.....	380
3.4.1	Grundsätzliche Voraussetzungen für die Anwendung der degressiven AfA.....	380
3.4.2	Höhere Staffelsätze für Wirtschaftsgebäude im Betriebsvermögen (§ 7 Abs. 5 Satz 1 Nr. 1 EStG).....	381
3.4.2.1	Rechtslage bis 1993.....	381
3.4.2.2	Rechtslage ab 1994.....	381
3.4.3	Staffelsätze für andere Gebäude (§ 7 Abs. 5 Satz 1 Nr. 2 EStG) und besondere degressive AfA für Gebäude und Gebäudeteile, die Wohnzwecken dienen (§ 7 Abs. 5 Satz 1 Nr. 3 EStG).....	381
3.4.3.1	Gebäude und Gebäudeteile im Sinne des § 7 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 EStG.....	381
3.4.3.1.1	Rechtslage bis 1994.....	381
3.4.3.1.2	Rechtslage ab 1995.....	381
3.4.3	Besondere degressive AfA für Gebäude und Gebäudeteile, die Wohnzwecken dienen (§ 7 Abs. 5 Satz 1 Nr. 3a und b EStG).....	382
3.4.3.2.1	Rechtslage bis 1995 (§ 7 Abs. 5 Satz 1 Nr. 3a EStG).....	382
3.4.3.2.2	Rechtslage ab 1996 (§ 7 Abs. 5 Satz 1 Nr. 3b EStG).....	383
3.4.4	Wahl und Wechsel innerhalb der Staffelsätze.....	383
3.4.5	Degressive AfA im Jahr der Fertigstellung oder des Erwerbs und beim Ausscheiden des Gebäudes oder eines Gebäudeteils.....	384
3.4.6	Degressive AfA für eingelegte Gebäude oder Gebäudeteile.....	384
3.4.7	Fall.....	384
3.4.8	Zeitliche Anwendung früherer Regelungen.....	385
3.5	Keine Absetzung für außergewöhnliche Absetzung oder Teilwert- abschreibung für vor 1985 errichtete Wirtschaftsgebäude im Betriebsvermögen.....	385
3.6	Lineare und degressive Gebäude-AfA bei nachträglichen Herstellungsarbeiten.....	386
3.6.1	Änderung der AfA-Bemessungsgrundlage durch nachträgliche Herstellungskosten.....	386

3.6.2	Entstehung eines neuen Gebäudes oder eines neuen selbständigen Gebäudeteils.....	388
3.6.3	Fälle.....	388
3.7	Abschreibungswechsel durch Nutzungsänderung.....	389
3.7.1	Dauer der Voraussetzungen für die höhere AfA.....	389
3.7.2	Änderung der Voraussetzungen für die jeweiligen AfA-Sätze und möglichen Fälle.....	390
3.7.3	Art und Höhe der AfA nach einer Nutzungsänderung.....	391
3.7.4	Fall.....	391
3.8	AfA nach einer Teilwertabschreibung (handelsrechtlich: nach einer außerplanmäßigen Abschreibung).....	392
3.9	AfA für Außenanlagen.....	393
4.	Die Absetzung für außergewöhnliche technische oder wirtschaftliche Abnutzung (AfaA) nach § 7 Abs. 1 Satz 6 EStG	393
4.1	Begriff und Möglichkeiten der AfaA.....	393
4.2	Anwendungsbereiche der AfaA.....	394
4.3	Zwang oder Wahlrecht für AfaA und Zeitpunkt der Vornahme.....	394
4.4	Abgrenzung zwischen AfaA und Teilwertabschreibung.....	395
4.5	Berechnung der AfaA.....	395
4.6	Weitere planmäßige AfA nach einer AfaA.....	395
4.7	Zuschreibung nach Wegfall der Gründe für die AfaA.....	395
4.8	Fälle.....	396
5.	Die Absetzung für Substanzverringerung (AfS)	398
5.1	Begriff und Voraussetzungen für die AfS.....	398
5.2	Berechnung der AfS.....	398
5.3	Besonderheiten.....	399
6.	Erhöhte Absetzungen und Sonderabschreibungen	399
6.1	Gemeinsame Vorschriften für erhöhte Absetzungen und Sonderabschreibungen in § 7a EStG.....	399
6.1.1	Anwendungsbereich.....	399
6.1.2	Behandlung nachträglicher Änderungen der Anschaffungs- oder Herstellungskosten.....	399
6.1.3	Behandlung von Anzahlungen auf Anschaffungskosten und für Teilerstellungskosten.....	400
6.1.4	Pflicht zur Vornahme von Mindestabsetzungen bei Inanspruchnahme erhöhter Absetzungen.....	401
6.1.5	Keine degressive AfA bei Inanspruchnahme von Sonderabschreibungen.....	401
6.1.6	Kumulationsverbot.....	401
6.1.7	Kein Einfluß auf die Grenzen für die steuerliche Buchführungspflicht.....	401
6.1.8	Erhöhte Absetzungen und Sonderabschreibungen bei mehreren Beteiligten.....	401
6.1.9	Sonstige gemeinsame Vorschriften.....	402
6.1.9.1	Formelle Voraussetzungen.....	402
6.1.9.2	AfA nach Ablauf des Begünstigungszeitraums.....	402
6.2	Erhöhte Absetzungen nach § 7d EStG für Wirtschaftsgüter, die dem Umweltschutz dienen (Regelung nur für bis Ende 1990 angefallene begünstigte Fälle).....	403
6.2.1	Persönlicher Geltungsbereich.....	403
6.2.2	Begünstigte Aufwendungen.....	403

6.2.3	Begünstigte Wirtschaftsgüter.....	404
6.2.4	Fünfjährige Zweckbindung.....	405
6.2.5	Zeitliche Vornahme der erhöhten Absetzungen.....	406
6.2.5.1	Für angeschaffte oder hergestellte begünstigte Wirtschaftsgüter	406
6.2.5.1.1	Grundsatz.....	406
6.2.5.1.2	Nachholung unterlassener erhöhter Absetzungen.....	406
6.2.5.1.3	Besonderheiten bei Wirtschaftsgütern mit einer Nutzungsdauer von weniger als 10 Jahren.....	406
6.2.5.2	Besonderheiten bei nachträglichen Anschaffungs- oder Herstellungskosten.....	406
6.2.5.2.1	Nachträgliche Anschaffungs- oder Herstellungskosten nach § 7d Abs. 1 Satz 3 EStG.....	407
6.2.5.2.2	Nachträgliche Herstellungskosten nach § 7d Abs. 4 EStG.....	407
6.2.5.3	Besonderheit für Anzahlungen auf Anschaffungskosten und für Teilherstellungskosten.....	407
6.3	Sonderabschreibungen und Ansparabschreibungen zur Förderung kleiner und mittlerer Betriebe nach § 7g EStG.....	408
6.3.1	Sonderabschreibung nach § 7g Abs. 1 und 2 EStG als zusätzliche Abschreibung zur planmäßigen AfA.....	408
6.3.1.1	Berechtigter Personenkreis.....	408
6.3.1.2	Begünstigte Betriebe.....	408
6.3.1.2.1	Rechtslage bis 1996.....	408
6.3.1.2.2	Rechtslage ab 1997.....	409
6.3.1.2.3	Art der Person.....	409
6.3.1.3	Begünstigte Wirtschaftsgüter.....	409
6.3.1.4	Höhe und zeitliche Vornahme der Sonderabschreibung und weitere AfA in den Folgejahren.....	410
6.3.1.5	Besonderheiten.....	412
6.3.1.6	Übersicht zu § 7g Abs. 1 und 2 EStG.....	412
6.3.2	Ansparabschreibung nach § 7g Abs. 3 bis 7 EStG.....	413
6.3.2.1	Ansparabschreibung durch Bildung einer gewinnmindernden Rücklage.....	413
6.3.2.2	Voraussetzungen für die Bildung der Rücklage.....	414
6.3.2.3	Auflösung der Rücklage.....	415
6.3.2.3.1	Auflösung der Rücklage bei Anschaffung oder Herstellung des begünstigten Wirtschaftsguts.....	415
6.3.2.3.2	Auflösung der Rücklage, wenn ein begünstigtes Wirtschaftsgut nicht angeschafft oder hergestellt wird.....	416
6.3.2.4	Weitere Einzelfragen zur Fortführung und Auflösung der Rücklage	416
6.3.3	Anwendung im Beitrittsgebiet.....	417
6.3.4	Ansparabschreibung (Ansparrücklage) von einem Existenzgründer (§ 7g Abs. 7 EStG).....	417
7.	Bewertungsfreiheit für geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG) nach § 6 Abs. 2 EStG.....	417
7.1	Begriff und Allgemeines.....	417
7.2	Berechtigter Personenkreis.....	418
7.3	Materiellrechtliche Voraussetzungen.....	418
7.4	Formelle Voraussetzungen.....	419
7.5	Buchmäßige Behandlung.....	419
7.6	Besonderheiten.....	420

J. Besonderheiten bei bestimmten Bilanzposten

1.	Aktivposten.....	422
1.1	Bilanzsteuerliche Besonderheiten bei Grundstücken.....	422
1.1.1	Grund und Boden und Gebäude zwei Wirtschaftsgüter.....	422
1.1.1.1	Kaufpreisaufteilung bei Erwerb von bebauten Grundstücken.....	422
1.1.1.2	Teilwertabschreibungen von Grundstücken.....	423
1.1.1.3	Abgrenzung Teilwertabschreibung und Absetzung für außer- ordentliche Abnutzung bei Grundstücken.....	423
1.1.2	Abbruch von Gebäuden und Außenanlagen sowie Teilen davon.....	424
1.1.2.1	Gebäude, die schon geraume Zeit Betriebsvermögen sind.....	424
1.1.2.2	Gebäude, die erst kurzfristig im Betriebsvermögen sind.....	427
1.1.3	Gebäude auf fremdem Grund und Boden.....	430
1.1.3.1	Handelsrechtliche Behandlung.....	430
1.1.3.2	Steuerliche Behandlung.....	431
1.1.3.3	Gebäude im bürgerlich-rechtlichen Eigentum des Mieters oder Pächters.....	431
1.1.3.4	Gebäude im wirtschaftlichen Eigentum des Mieters oder Pächters	432
1.1.3.5	Bauaufwendungen wurden nicht vom Mieter oder Pächter getragen (Drittaufwand).....	435
1.1.4	Mietereinbauten und Mieterumbauten..... [^]	436
1.1.4.1	Begriff der Mietereinbauten und Mieterumbauten.....	436
1.1.4.2	Scheinbestandteile.....	436
1.1.4.3	Betriebsvorrichtungen.....	437
1.1.4.4	Sonstige Mietereinbauten im wirtschaftlichen Eigentum des Mieters	437
1.1.4.5	Besonderer betrieblicher Nutzungs- und Funktionszusammenhang...	438
1.1.4.6	Nutzungs- und Funktionszusammenhang zum Gebäude.....	439
1.2	Immaterielle Wirtschaftsgüter.....	440
1.2.1	Begriff.....	440
1.2.2	Entgeltlicher Erwerb immaterieller Wirtschaftsgüter.....	441
1.2.3	Einlagen immaterieller Wirtschaftsgüter.....	444
1.2.4	Abschreibung immaterieller Wirtschaftsgüter.....	444
1.2.5	Besonderheiten beim Firmenwert (Geschäftswert).....	445
1.2.6	Besonderheiten bei Nutzungsrechten, insbesondere beim Nießbrauch.....	448
1.3	Wertpapiere und Beteiligungen.....	450
1.3.1	Wertpapiere.....	450
1.3.1.1	Zugehörigkeit zum Betriebsvermögen.....	450
1.3.1.2	Anschaffungskosten von Wertpapieren.....	451
1.3.1.3	Teilwert von Wertpapieren.....	451
1.3.1.4	Einzelbewertung.....	453
1.3.1.5	Wertpapiere im Girosammeidepot.....	453
1.3.1.6	Berichtigungsaktien.....	455
1.3.1.7	Junge Aktien.....	456
1.3.2	Beteiligungen.....	458
1.3.2.1	Begriff.....	458
1.3.2.2	Bewertung.....	458
1.4	Forderungen.....	460
1.4.1	Uneinbringliche Forderungen.....	460
1.4.1.1	Zeitpunkt der Uneinbringlichkeit und Wertaufhellung.....	460
1.4.1.2	Uneinbringlichkeit und Umsatzsteuer.....	461
1.4.1.3	Buchmäßige Behandlung des Forderungsausfalls.....	461

1.4.1.4	Nachträglicher Eingang einer abgeschriebenen Forderung	462
1.4.2	Zweifelhafte Forderungen (Dubiose).....	462
1.4.3	Andere Wertminderungen.....	462
1.4.4	Wertberichtigungen.....	463
1.4.4.1	Einzelwertberichtigung.....	463
1.4.4.2	Pauschalwertberichtigungen.....	464
1.4.4.2.1	Ausfallrisiko.....	465
1.4.4.2.2	Skonti und sonstige Erlösschmälerungen.....	465
1.4.4.2.3	Zinsverlust.....	466
1.4.4.2.4	Einziehungsrisiko.....	467
1.4.4.2.5	Rechtslageab 1.1.1999.....	467
1.4.5	Wertberichtigung und Umsatzsteuer.....	467
1.4.6	Buchungsprobleme.....	467
1.4.6.1	Buchmäßige Behandlung der zweifelhaften Forderungen.....	467
1.4.6.2	Buchmäßige Behandlung der Wertberichtigung.....	467
1.4.6.2.1	Das ruhende Wertberichtigungskonto.....	468
1.4.6.2.2	Das „gemischte“ Delkrederekonto.....	468
1.4.7	Zusammenfassender Beispielsfall.....	469
1.5	Aktive Rechnungsabgrenzungsposten.....	470
1.5.1	Allgemeines.....	470
1.5.1.1	Begriff Rechnungsabgrenzung.....	470
1.5.1.2	Gesetzliche Grundlagen.....	471
1.5.1.3	Transitorische und antizipative Abgrenzung.....	471
1.5.1.4	Abgrenzung zu immateriellen Wirtschaftsgütern.....	471
1.5.2	Ausgaben vor dem Bilanzstichtag.....	472
1.5.3	Aufwand für eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag.....	472
1.5.4	Abgrenzung für Zölle und Verbrauchsteuern.....	473
1.5.5	Abgrenzung für Umsatzsteuer auf Anzahlungen.....	474
1.5.6	Buchmäßige Behandlung der aktiven RAP.....	474
2.	Passivposten.....	474
2.1	Allgemeine Grundsätze für die Bewertung der Verbindlichkeiten.....	474
2.2	Darlehensverbindlichkeiten.....	475
2.2.1	Normalverzinsliche Darlehensverbindlichkeiten.....	475
2.2.1.1	Disagio und andere Finanzierungskosten.....	475
2.2.1.1.1	Aktivierungspflicht.....	475
2.2.1.1.2	Planmäßige Abschreibungen.....	476
2.2.1.1.3	Außerplanmäßige Abschreibungen.....	477
2.2.1.2	Sofort abziehbare Finanzierungskosten.....	478
2.2.2	Unverzinsliche und niedrigverzinsliche Darlehensverbindlichkeiten.....	478
2.3	Valutaverbindlichkeiten.....	479
2.4	Erhaltene Anzahlungen.....	480
2.5	Rückstellungen (ohne Pensionsrückstellungen).....	481
2.5.1	Allgemeiner Begriff und Bedeutung.....	481
2.5.2	Abgrenzung zu anderen Passivposten.....	481
2.5.3	Rechtliche Grundlagen für den Ansatz einer Rückstellung.....	482
2.5.4	Wertbeeinflussung und Wertaufhellung.....	482
2.5.5	Einzelfälle von Rückstellungen.....	483
2.5.5.1	Gewerbesteuerückstellung.....	483
2.5.5.1.1	5/6-Methode.....	483
2.5.5.1.2	Divisormethode.....	484
2.5.5.1.3	Multiplikatormethode.....	486

2.5.5.1.4	Überzahlte Gewerbesteuer.....	486
2.5.5.1.5	Gewerbesteuer-Nachholungen.....	487
2.5.5.1.6	Abzinsung der Gewerbesteuerrückstellung.....	488
2.5.5.2	Garantierrückstellungen.....	488
2.5.5.3	Rückstellung für Jahresabschluß.....	489
2.5.5.4	Rückstellung für Prozeßrisiko und Prozeßkosten.....	490
2.5.5.4.1	Rückstellung für Prozeßrisiko.....	490
2.5.5.4.2	Rückstellung für Prozeßkostenrisiko.....	490
2.5.5.4.3	Rückstellung für Verletzung von Schutzrechten.....	491
2.5.5.5	Rückstellungen aus Arbeitsverhältnissen.....	491
2.5.5.5.1	Rückstellung für Gratifikationen und Tantiemen.....	492
2.5.5.5.2	Rückstellungen für Jubiläumszuwendungen.....	493
2.5.5.5.3	Belastung durch laufende Dienstverträge.....	494
2.5.5.5.4	Rückstellungen für Leistungen auf Grund eines Sozialplanes.....	494
2.5.5.6	Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften....	494
2.5.5.6.1	Beschaffungsgeschäfte.....	495
2.5.5.6.2	Absatzgeschäfte.....	496
2.5.5.6.3	Dauerschuldverhältnisse.....	496
2.5.5.7	Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungsaufwendungen.....	497
2.5.5.7.1	Allgemeines.....	497
2.5.5.7.2	Wahlrecht.....	498
2.5.5.7.3	Vorübergehende Wertminderung bei Sachanlagen.....	498
2.5.5.7.4	Abraumbeseitigung.....	498
2.5.5.7.5	Künftig anfallende Instandhaltungsaufwendungen.....	498
2.5.5.7.6	Verpflichtungen zur Rekultivierung oder zum Abbruch.....	499
2.5.5.7.7	Rückstellung für Pachtanlagenerneuerung (Pachterneuerungs- rückstellung).....	499
2.5.5.8	Rückstellungen für Haftungsrisiken (Eventualverbindlichkeiten).....	501
2.5.5.8.1	Bürgschaften.....	501
2.5.5.8.2	Wechselobligo.....	502
2.5.5.8.3	Steuerschulden.....	503
2.5.5.9	Verbindlichkeiten gegenüber Handelsvertretern.....	503
2.5.5.9.1	Provisionsansprüche.....	503
2.5.5.9.2	Ausgleichsanspruch nach § 89b HGB.....	503
2.5.6	Abzinsung bei Rückstellungen.....	504
2.5.7	Auflösung von Rückstellungen.....	504
2.5.8	Buchmäßige Behandlung der Rückstellungen.....	505
2.5.8.1	Erstmalige Bildung und Aufstockung.....	505
2.5.8.2	Verbrauch und Auflösung von Rückstellungen.....	506
2.5.8.3	Rückstellungen als ruhendes Konto.....	506
2.5.9	Nachholung von Rückstellungen.....	507
2.6	Pensionsrückstellungen.....	507
2.6.1	Allgemeines.....	507
2.6.2	Voraussetzungen.....	508
2.6.3	Zeitpunkt der Bildung.....	508
2.6.4	Höhe der Rückstellung.....	508
2.6.4.1	Teilwert.....	508
2.6.4.2	Zuführung und Nachholverbot.....	509
2.6.4.3	Ausnahmen vom Nachholverbot.....	509
2.6.4.4	Verteilung von Zuführungsbeträgen.....	509
2.6.4.5	Einzelbewertung.....	510
2.6.4.6	Maßgeblichkeit der Handelsbilanz.....	510

2.6.5	Auflösung der Rückstellung	510
2.6.6	Sonderfälle	511
2.6.6.1	Pensionszusagen an Gesellschafter-Geschäftsführer von Personen- gesellschaften	511
2.6.6.2	Pensionszusagen an Gesellschafter-Geschäftsführer von Kapital- gesellschaften	512
2.6.6.3	Pensionszusagen an Arbeitnehmer-Ehegatten	512
2.6.7	Rückdeckungsversicherung	513
2.7	Passive Rechnungsabgrenzungsposten	513
2.7.1	Einnahmen vor dem Bilanzstichtag	513
2.7.2	Ertrag für eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag	514
2.8	Rücklagen	515
2.8.1	Offene Rücklagen	515
2.8.2	Stille Rücklagen (Reserven)	515
2.9	Steuerfreie Rücklagen	515
2.9.1	Übertragung aufgedeckter stiller Reserven bei Ersatzbeschaffung (Rücklage für Ersatzbeschaffung) nach R 35 EStR	516
2.9.1.1	Allgemeines	516
2.9.1.2	Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der Vergünstigung nach R 35 EStR	516
2.9.1.2.1	Ausscheiden eines Wirtschaftsguts aus dem Betriebsvermögen	516
2.9.1.2.2	Ausscheidensgründe	517
2.9.1.2.3	Leistung einer Entschädigung von dritter Seite	518
2.9.1.2.4	Anschaffung oder Herstellung eines Ersatzwirtschaftsguts	519
2.9.1.3	Wahlmöglichkeiten bei Vorliegen der Voraussetzungen • für die Inanspruchnahme der Vergünstigung nach R 35 EStR	519
2.9.1.3.1	Sofortige Versteuerung der aufgedeckten stillen Reserven	519
2.9.1.3.2	Übertragung der aufgedeckten stillen Reserven auf ein im selben Wirtschaftsjahr angeschafftes oder hergestelltes Ersatz- wirtschaftsgut	520
2.9.1.3.3	Bildung einer „Rücklage für Ersatzbeschaffung“ für die aufgedeckten stillen Reserven und Übertragung im Folgejahr oder einem späteren Wirtschaftsjahr	521
2.9.1.4	Weitere Voraussetzungen für die Übertragung stiller Reserven.	522
2.9.1.4.1	Einhaltung bestimmter Fristen	522
2.9.1.4.2	Ausweis in der Handelsbilanz	522
2.9.1.5	Besonderheiten	523
2.9.1.5.1	Anteilige Übertragung auf ein Ersatzwirtschaftsgut	523
2.9.1.5.2	Ausnahmeregelung bei bebauten Grundstücken für Grund und Boden und Gebäude	524
2.9.1.5.3	Beschädigung eines Wirtschaftsguts :	524
2.9.1.5.4	Rücklage für Ersatzbeschaffung und Betriebsveräußerung oder Betriebsaufgabe	525
2.9.1.5.5	Übertragung auf einen anderen Betrieb desselben Unternehmers.	525
2.9.1.5.6	Einbeziehung von Zinsen in die Rücklage für Ersatzbeschaffung.	526
2.9.1.5.7	Kein rückwirkender Wegfall der Steuervergünstigung nach R 35 EStR bei späterer Korrektur in der Handelsbilanz	526
2.9.1.6	Übertragung aufgedeckter stiller Reserven im Rahmen von R 35 EStR für Steuerpflichtige, die den Gewinn durch Überschuß- rechnung nach § 4 Abs. 3 EStG ermitteln	526

2.9.2	Übertragung aufgedeckter stiller Reserven und Bildung einer Rücklage für Reinvestitionen nach § 6b EStG.....	526
2.9.2.1	Allgemeines.....	526
2.9.2.2	Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der Vergünstigung nach § 6b EStG.....	527
2.9.2.2.1	Veräußerung von Wirtschaftsgütern.....	527
2.9.2.2.2	Begünstigte Wirtschaftsgüter und Dauer der Zugehörigkeit zum inländischen Betriebsvermögen.....	527
2.9.2.2.3	Umfang der übertragungsfähigen stillen Reserven.....	530
2.9.2.2.4	Übertragung der aufgedeckten stillen Reserven nur auf bestimmte Wirtschaftsgüter zulässig.....	531
2.9.2.3	Wahlmöglichkeiten bei Vorliegen der Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der Vergünstigung des § 6b EStG.....	533
2.9.2.3.1	Sofortige Versteuerung der aufgedeckten stillen Reserven.....	533
2.9.2.3.2	Übertragung der aufgedeckten stillen Reserven auf ein im selben oder im vorangegangenen Wirtschaftsjahr angeschafftes oder hergestelltes Wirtschaftsgut.....	533
2.9.2.3.3	Bildung einer „Rücklage nach § 6b EStG (Rücklage für Reinvestition)“ für die aufgedeckten stillen Reserven und Übertragung in den folgenden Wirtschaftsjahren.....	536
2.9.2.3.4	Auflösung der steuerfreien Rücklage ohne Übertragung.....	537
2.9.2.4	Weitere Voraussetzungen für die Übertragung stiller Reserven bzw. Bildung einer steuerfreien Rücklage nach § 6b EStG.....	538
2.9.2.4.1	Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 1 oder § 5 EStG.....	538
2.9.2.4.2	Behandlung in der Buchführung.....	538
2.9.2.4.3	Gleiche Behandlung auch in der Handelsbilanz.....	538
2.9.2.5	Abschreibung für das Wirtschaftsgut, auf das aufgedeckte stille Reserven übertragen wurden.....	538
2.9.2.6	Übertragungsmöglichkeiten auf verschiedene Betriebe.....	539
2.9.2.7	Besonderheiten.....	541
2.9.2.7.1	Übertragungsmöglichkeiten bei Erweiterung, Ausbau und Umbau von Gebäuden und Schiffen ...C.....	541
2.9.2.7.2	Bildung einer steuerfreien Rücklage bei einer Betriebsveräußerung..	542
2.9.2.7.3	Besondere Voraussetzungen bei Übertragungen auf Anteile an Kapitalgesellschaften.....	543
2.9.2.8	Übersicht über Unterschiede zwischen R 35 EStR und § 6b EStG	543
2.9.3	Andere steuerfreie Rücklagen.....	544
2.9.3.1	Zuschußrücklage.....	544
2.9.3.2	Ansparrücklage.....	544
2.9.3.2.1	Zweck der Rücklage.....	544
2.9.3.2.2	Voraussetzungen für die Rücklage.....	545
2.9.3.2.3	Auflösung der Rücklage.....	545
2.9.3.2.4	Gewinnzuschlag.....	545
2.9.3.2.5	Buchmäßige Behandlung.....	546
2.9.3.3	Euroumrechnungsrücklage.....	546
2.9.3.4	Rücklage nach § 52 Abs. 16 EStG.....	547
2.10	Wertberichtigungen.....	548
2.10.1	Wertberichtigungen zu Anlagevermögen.....	548
2.10.2	Wertberichtigungen auf Forderungen.....	549
2.10.3	Wertberichtigungskonto.....	549

K. Besonderheiten bei bestimmten Gewinn- und Verlust-Posten

1.	Umsatzerlöse und aktivierte Eigenleistungen	550
1.1	Umsatzerlöse und schwebende Geschäfte.....	550
1.2	Gewinnverwirklichung bei Umsatzerlösen.....	550
1.2.1	Gewinnverwirklichung bei Kaufverträgen.....	550
1.2.2	Gewinnverwirklichung bei Leistungen.....	551
1.2.3	Besonderheiten in der Bauwirtschaft.....	551
1.2.3.1	Unfertige Bauten.....	551
1.2.3.2	Noch nicht abgerechnete Bauten.....	552
1.2.4	Gewinnverwirklichung bei Handelsvertretern.....	552
1.3	Aktivierte Eigenleistungen.....	553
1.3.1	Bestandsveränderungen bei eigenen Erzeugnissen.....	553
1.3.2	Bestandsveränderungen bei Handelswaren.....	553
1.3.3	Andere aktivierte Eigenleistungen.....	553
2.	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	553
2.1	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe.....	553
2.2	Aufwendungen für bezogene Waren (Wareneinsatz).....	554
2.2.1	Buchmäßige Behandlung der Waren.....	554
2.2.2	Auswirkungen von Fehlbuchungen bei Waren.....	555
2.2.3	Auswirkung von Anschaffungspreisminderungen.....	556
3.	Löhne und Gehälter	557
3.1	Lohnbuchhaltung - Finanzbuchhaltung.....	558
3.2	Buchung von Lohnzahlungen.....	558
3.2.1	Lohnzahlung ohne Besonderheiten.....	558
3.2.2	Vermögenswirksame Leistungen.....	559
3.2.3	Abschlagszahlungen.....	561
3.2.4	Vorschüsse - Arbeitgeberdarlehen.....	561
3.2.5	Sachbezüge.....	563
4.	Provisionsaufwand und -ertrag durch Kommissionsgeschäfte	564
4.1	Allgemeines.....	564
4.2	Einkaufskommission.....	564
4.3	Verkaufskommission.....	567
5.	Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen	571
5.1	Erträge aus festverzinslichen Wertpapieren (Rentenpapieren).....	571
5.2	Erträge aus Dividendenpapieren.....	573
5.3	Beteiligungserträge.....	576
6.	Diskontaufwand und -ertrag sowie Finanzkosten bei Wechsel- geschäften	577
6.1	Allgemeines.....	577
6.2	Der gezogene Wechsel.....	578
6.2.1	Verwertungsmöglichkeiten.....	578
6.2.2	Wechsel und Umsatzsteuer.....	579
6.2.3	Buchungsbeispiele.....	579
6.2.4	Rechnungsabgrenzung bei Wechseldiskontierung.....	581
6.2.5	Wechselprolongation.....	581
6.2.6	Wechselprotest.....	582

L. Bilanzberichtigung und Bilanzänderung sowie Berichtigungstechnik und Mehr- und Wenigerrechnung

1.	Die Grundsätze der Bilanzberichtigung	584
1.1	Begriff	584
1.1.1	Unterscheidung und Abgrenzung zwischen Handelsbilanz und Steuerbilanz	585
1.1.2	Nachträglich fehlerhafte Steuerbilanz aufgrund Änderung der Rechtsprechung	585
1.2	Unterscheidung zwischen verschiedenartigen Fehlern	586
1.2.1	Abgrenzung zwischen objektiven und subjektiven Fehlern	586
1.2.2	Mögliche Bilanzierungsfehler	586
1.2.3	Mögliche Bewertungsfehler	587
1.3	Verhältnis des Grundsatzes des Bilanzenzusammenhangs zur Bilanzberichtigung	587
1.4	Steuerlich zu beachtende verfahrensrechtliche Grundsätze für eine Bilanzberichtigung	588
1.4.1	Pflicht des Steuerpflichtigen zur Bilanzberichtigung	588
1.4.2	Bilanzberichtigung in den Fällen, in denen die Steuerfestsetzungen noch nicht durchgeführt oder noch nicht bestandskräftig sind	588
1.4.3	Bilanzberichtigung bereits bestandskräftiger Steuerfestsetzungen	588
1.4.3.1	Fehlerfälle, bei denen die Steuerfestsetzungen nach der AO noch geändert werden können	588
1.4.3.2	Fehlerfälle, bei denen die Steuerfestsetzungen nach der AO nicht mehr änderbar sind	588
1.4.3.2.1	Fehlergruppe 1: Der Fehler hat sich bisher steuerlich noch nicht ausgewirkt	589
1.4.3.2.2	Fehlergruppe 2: Der Fehler hat sich bisher steuerlich ausgewirkt	591
1.4.3.2.2.1	Bilanzfehler als Bilanzierungs- und Bewertungsfehler bei Wirtschaftsgütern des Betriebsvermögens	591
1.4.3.2.2.2	Bilanzfehler als Bilanzierungsfehler bei Wirtschaftsgütern ohne Betriebsvermögensseigenschaft bzw. bei privaten Entnahmevergängen	595
1.4.3.2.3	Fehlergruppe 3: Berichtigung der Anfangsbilanz eines noch änderbaren Veranlagungszeitraums unter Durchbrechung des Bilanzenzusammenhangs bei Verstößen gegen Treu und Glauben	596
1.5	Anpassung der laufenden Buchführung an die in einem Vorjahr vorgenommene Bilanzberichtigung	597
2.	Die Grundsätze der Bilanzänderung	598
2.1	Begriff und allgemeine Voraussetzungen für eine Bilanzänderung	598
2.2	Zustimmung des Finanzamts erforderlich	599
2.3	Steuerlich zu beachtende verfahrensrechtliche Grundsätze für eine Bilanzänderung	600
2.4	Bindung der Steuerbilanz an die Handelsbilanz	601
2.5	Anpassung der laufenden Buchführung an die in einem Vorjahr vorgenommene Bilanzänderung	601
3.	Technik der Bilanzberichtigung und Bilanzänderung in der Praxis und bei der Bearbeitung von Klausuren	602
3.1	Zusammenfassung der berichtigten und der nicht berichtigten Bilanzposten in einer berichtigten Bilanz (Prüferbilanz aufgrund einer Außenprüfung)	602

3.2	Berichtigung des Kapitals durch Saldierung der „Aktivposten lt. Prüferbilanz minus Passivposten lt. Prüferbilanz“.....	602
3.3	Ermittlung des Gewinns durch Bestandsvergleich aufgrund der berichtigten Ergebnisse.....	602
3.4	Auswirkungen der Berichtigung bzw. Änderung von Bilanzposten auf das Kapital und den Gewinn.....	602
4.	Die Gewinnberichtigung im Rahmen der Mehr- und Wenigerrechnung (MWR).....	603
4.1	Begriff, Wesen und Zweck der MWR.....	603
4.2	Verschiedene Methoden der MWR.....	603
4.2.1	MWR (Gewinnberichtigung) nach der Bilanz-Methode.....	604
4.2.2	MWR (Gewinnberichtigung) nach der Gu V-Methode.....	604
4.3	Die Technik der MWR.....	604
4.3.1	Allgemeines.....	604
4.3.2	Die Technik der MWR (Gewinnberichtigung) nach der Bilanz-Methode.....	604
4.3.2.1	Getrennte Darstellung der Bilanzberichtigung und Gewinnberichtigung nach der Bilanz-Methode.....	605
4.3.2.2	Integrierte Darstellung der Bilanzberichtigung und Gewinnberichtigung nach der Bilanz-Methode.....	607
4.3.3	Die Technik der MWR (Gewinnberichtigung) nach der Gu V-Methode.....	608
4.3.3.1	MWR nach der Gu V-Methode unter Gegenüberstellung der bisherigen und richtigen bzw. geänderten Gewinnauswirkung.....	608
4.3.3.2	MWR nach der GuV-Methode unter Einbeziehung der Berichtigung des GuV-Postens (integrierte GuV-Posten-Berichtigung und Gewinnberichtigung).....	609
4.3.4	Verwendung nur einer der beiden MWR-Methoden oder Anwendung beider Methoden?.....	609
4.3.5	Verwendung des amtlichen Vordrucks.....	609
4.4	Hinweise zur Bearbeitung von Klausuren und-Prüfungsarbeiten.....	612
4.5	Weitere Fälle.....	612
4.6	Fälle zur Anpassung an einen Vorprüfungszeitraum.....	617

M. Betriebseröffnung, Betriebserwerb, Betriebsübertragung, Betriebsaufgabe

1.	Betriebseröffnung.....	626
2.	Betriebserwerb.....	626
2.1	Entgeltlicher Betriebserwerb.....	626
2.2	Unentgeltlicher Betriebserwerb.....	626
2.3	Teilentgeltlicher Betriebserwerb.....	626
3.	Betriebsübertragung und Betriebsaufgabe :.....	630
3.1	Entgeltliche Betriebsübertragung.....	630
3.2	Unentgeltliche Betriebsübertragung.....	631
3.3	Betriebsaufgabe.....	631
3.4	Betriebsverpachtung.....	632
3.5	Weitere Abgrenzungen.....	633
3.6	Fälle.....	634
3.7	Forderungen und Schulden nach Betriebsveräußerung und -aufgabe.....	635

N. Verträge unter Verwandten

1.	Arbeitsverträge mit Ehegatten	637
1.1	Bürgerlich-rechtlich wirksame Vereinbarung.....	637
1.2	Durchführung wie unter fremden Dritten (steuerlicher Fremdvergleich).....	637
1.3	Angemessenheit der Vergütungen.....	639
2.	Arbeitsverträge mit Kindern	639
3.	Andere Verträge unter nahen Angehörigen	640
3.1	Gesellschaftsverträge.....	640
3.2	Pachtverträge.....	640
3.3	Schenkungs- und Darlehensverträge.....	641
3.4	Nutzungsüberlassungsverträge.....	643

O. Besonderheiten bei Personengesellschaften

1.	Begriff der Mitunternehmerschaft	644
1.1	Handelsrecht und Steuerrecht.....	644
1.2	Mitunternehmerinitiative und Mitunternehmerrisiko.....	644
1.3	Keine Identität Gesellschafter und Mitunternehmer.....	644
1.4	Mitunternehmerschaft nur am Gewerbebetrieb möglich.....	646
1.5	Einzelne Gesellschaftsformen.....	646
1.5.1	Offene Handelsgesellschaft (OHG).....	646
1.5.2	Kommanditgesellschaft (KG).....	646
1.5.3	Gewerblich tätige BGB-Gesellschaft (GbR).....	647
1.5.4	Atypisch stille Gesellschaft.....	647
1.5.5	Atypisch stille Unterbeteiligung.....	648
1.5.6	Gütergemeinschaft.....	649
1.5.7	Erbengemeinschaft.....	649
1.5.8	Betriebsaufspaltung.....	650
1.5.9	Mitunternehmerische Betriebsaufspaltung.....	652
2.	Besonderheiten im Rahmen der steuerlichen Gewinnermittlung	653
2.1	Unterschiede bei der Gewinnermittlung gegenüber Einzelbetrieben	653
2.1.1	Die Kapitalkonten.....	653
2.1.2	Die Privatkonten.....	654
2.1.3	Sonder- und Ergänzungsbilanzen.....	654
2.1.4	Der Mitunternehmererlaß.....	654
2.2	Umfang des Betriebsvermögens von Personengesellschaften.....	655
2.2.1	Gesamthandvermögen.....	655
2.2.1.1	Notwendiges Betriebsvermögen.....	655
2.2.1.2	Gewillkürtes Betriebsvermögen.....	655
2.2.1.3	Notwendiges Privatvermögen.....	656
2.2.1.4	Grundstücke und Grundstücksteile.....	657
2.2.2	Sonderbetriebsvermögen.....	657
2.2.2.1	Begriff.....	657
2.2.2.2	Sonderbetriebsvermögen I.....	657
2.2.2.2.1	Notwendiges Sonderbetriebsvermögen I.....	657
2.2.2.2.2	Gewillkürtes Sonderbetriebsvermögen I.....	658
2.2.2.3	Sonderbetriebsvermögen II.....	658
2.2.2.3.1	Notwendiges Sonderbetriebsvermögen II.....	658

2.2.2.3.2	Gewillkürtes Sonderbetriebsvermögen II.....	659
2.3	Buchmäßige Behandlung des Sonderbetriebsvermögens.....	660
2.3.1	Laufende Geschäftsvorfälle im Sonderbetriebsvermögen.....	660
2.3.2	Sonderbetriebsvermögen und Gewinnfeststellung.....	662
2.4	Gewinnrealisierung bei der Übertragung von Wirtschaftsgütern.....	662
2.4.	Übertragung von Sonderbetriebsvermögen.....	662
2.4. .1	Entgeltliche Veräußerung an Dritte oder an Mitunternehmer.....	662
2.4. .2	Unentgeltliche oder teilentgeltliche Übertragung an Mitunternehmer.....	663
2.4. .3	Übertragung in das Gesamthandsvermögen.....	664
2.4. .3.1	Entgeltliche Veräußerung an die Personengesellschaft.....	664
2.4. .3.2	Übertragung gegen Gewährung von Gesellschaftsrechten.....	665
2.4. .3.2.1	Folgen bei Teilwertansatz.....	666
2.4. .3.2.2	Folgen bei Buchwertfortführung (für Übertragungen bis 31.12.1998).....	667
2.4. .3.2.3	Folgen bei Ansatz eines Zwischenwerts (für Übertragungen bis 31.12.1998).....	668
2.4.1.4	Entnahme in das Privatvermögen.....	668
2.4.2	Übertragung von Gesamthandvermögen.....	669
2.4.2.1	Übertragung in ein Sonderbetriebsvermögen.....	669
2.4.2.1.1	Entgeltliche Veräußerung.....	669
2.4.2.1.2	Übertragung gegen Minderung von Gesellschaftsrechten.....	670
2.4.2.2	Übertragung in einen anderen Betrieb eines Mitunternehmers.....	671
2.4.2.3	Übertragung in das Privatvermögen.....	671
2.4.2.3.1	Entgeltliche Veräußerung.....	671
2.4.2.3.2	Unentgeltliche Übertragung.....	671
2.4.3	Übertragung von Privatvermögen ins Betriebsvermögen.....	671
2.4.3.1	Einlage ins Sonderbetriebsvermögen.....	672
2.4.3.2	Einbringung in das Gesamthand vermögen.....	672
2.4.4	Übertragung von anderem Betriebsvermögen ins Gesamthand- vermögen.....	673
2.4.5	Vermögensübertragung und Umsatzsteuer.....	673
2.5	Vergütungen der Personengesellschaften an ihre Mitunternehmer oder umgekehrt für besondere Leistungen.....	673
2.5.1	Vergütungen an Mitunternehmer.....	673
2.5.1.1	Vergütungen für Tätigkeit im Dienst der Gesellschaft.....	673
2.5.1.2	Vergütungen für die Hingabe von Darlehen.....	676
2.5.1.3	Vergütungen für die Überlassung von Wirtschaftsgütern.....	677
2.5.1.4	Vergütungen für Lieferungen durch Mitunternehmer.....	677
2.5.2	Leistungen der Personengesellschaft an ihre Mitunternehmer.....	677
2.6	Behandlung der Sonderbetriebsausgaben.....	677
2.7	Übertragung stiller Reserven zwischen Mitunternehmer und Personengesellschaft.....	678
2.7.1	Buchgewinn-Übertragung von Gesellschafter auf Gesellschaft.....	678
2.7.2	Buchgewinn-Übertragung von Gesellschaft auf Gesellschafter.....	679
2.8	Verlustberücksichtigung bei Kommanditisten mit negativem Kapitalkonto (§ 15aEStG).....	680
3.	Verteilung von Gewinn und Verlust und buchmäßige Behandlung.....	681
3.1	Ermittlung des steuerlichen Ergebnisses.....	681
3.2	Verteilung von Gewinn und Verlust.....	681
3.3	Buchmäßige Behandlung.....	682
3.4	Beispielsfall.....	683

4.	Behandlung der Beteiligung eines Mitunternehmers im Betriebsvermögen seines Einzelbetriebs.....~X	686
5.	Besonderheiten bei der Gründung von Personengesellschaften	686
5.1	Bargründung.....	686
5.2	Sachgründung.....	687
5.3	Fälle des § 24 UmwStG.....	687
5.3.1	Teilwertansatz.....	688
5.3.2	Buchwertfortführung.....	689
5.3.3	Ansatz eines Zwischenwerts.....	693
5.4	Gründung von Personengesellschaften und Umsatzsteuer.....	694
6.	Besonderheiten beim Eintritt oder Ausscheiden eines Mitunternehmers.....	694
6.1	Aufnahme eines weiteren Mitunternehmers.....	694
6.2	Gesellschafterwechsel.....	695
6.2.1	Allgemeines.....	695
6.2.2	Kaufpreis über Buchwert.....	695
6.2.3	Personenbezogene Steuervorschriften.....	6%
6.2.4	Kaufpreis unter Buchwert.....	697
6.3	Ausscheiden eines Mitunternehmers aus einer Personengesellschaft	698
6.3.1	Allgemeines.....	698
6.3.2	Handelsrechtliche (zivilrechtliche) Folgen.....	698
6.3.3	Ertragssteuerliche Folgen.....	698
6.3.3.1	Abfindung über Buchwert.....	699
6.3.3.2	Abfindung an lästige Gesellschafter.....	701
6.3.3.3	Abfindung unter Buchwert.....	702
6.3.3.4	Sachwertabfindung.....	704
6.3.3.4.1	Erfolgswirksame Sachwertabfindung.....	704
6.3.3.4.2	Erfolgsneutrale Sachwertabfindung.....	705
6.3.3.5	Privat beeinflusste Abfindungen.....	706
6.3.3.5.1	Ausscheiden über Teilwert.....s.....	706
6.3.3.5.2	Ausscheiden unter Buchwert.....	706
6.3.3.6	Ausscheiden eines Gesellschafters und Umsatzsteuer.....	706
7.	Realteilung.....	707
7.1	Begriff.....	707
7.2	Steuerliche Folgen.....	707
7.2.1	Versteuerung eines Aufgabegewinns.....	708
7.2.2	Buchwertfortführung.....•.....	708
7.2.2.1	Einfache Buchwertfortführung.....	709
7.2.2.2	Kapitalkontenangleichung.....	709
7.2.3	Realteilung mit Spitzenausgleich.....	710
7.2.3.1	Spitzenausgleich und Teilwertansatz.....	710
7.2.3.2	Wertausgleich und Buchwertfortführung.....	711
7.2.4	Ansatz eines Zwischenwerts.....	714
8.	Besonderheiten bei der GmbH & Co KG.....	714
8.1	Allgemeines.....	714
8.2	Betriebsvermögen der GmbH & Co KG.....	714
8.3	Gewinnverteilung bei der GmbH & Co KG.....	714
8.3.1	Vertragliche Gewinnverteilung.....	714
8.3.2	Erträge aus Sonderbetriebsvermögen.....	715
8.3.3	Verdeckte Gewinnausschüttung.....	715

8.4	Tätigkeitsvergütung für Geschäftsführer.....	716
8.4.1	Kommanditist als Geschäftsführer.....	716
8.4.2	Fremder Geschäftsführer.....	716
8.4.3	Geschäftsführer und „doppelstöckige“ GmbH & Co KG.....	717
9.	Besonderheiten bei der typischen stillen Gesellschaft.....	717
9.1	Allgemeines.....	717
9.2	Behandlung der stillen Einlage beim Betriebsinhaber.....	718
9.3	Behandlung beim stillen Gesellschafter.....	718
9.4	Stille Beteiligung und Gewerbesteuer.....	719

P. Besonderheiten beim Abschluß von Kapitalgesellschaften

1.	Grundlegende Unterschiede zur Personengesellschaft.....	720
1.1	Die Kapitalkonten.....	720
1.1.1	Gezeichnetes Kapital.....	721
1.1.2	Kapitalrücklagen.....	721
1.1.3	Gewinnrücklagen.....	721
1.1.4	Gewinn- bzw. Verlustvortrag - Jahresüberschuß bzw. -fehlbetrag	721
1.2	Personensteuern.....	722
1.2.1	Personensteuern als Aufwand.....	722
1.2.2	Körperschaftsteuerrückstellung.....	723
1.2.3	Steuernachzahlungen und -erstattungen.....	723
2.	Besondere Gliederungsvorschriften für Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung.....	724
2.1	Die Bilanzgliederung nach § 266 HGB.....	724
2.2	Die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung nach § 275 HGB	725
2.3	Der Anhang.....	725
2.4	Erleichterungen für kleine Kapitalgesellschaften.....	726
2.4.1	Größenklassen.....	726
2.4.2	Verkürzte Bilanz.....	727
3.	Besondere Bewertungs- und Bilanzierungsvorschriften.....	728
3.1	Sonderposten mit Rücklageanteil.....	728
3.1.1	Inhalt des Postens.....	728
3.1.2	Buchungsprobleme bei Sonderposten mit Rücklageanteil.....	729
3.2	Steuerabgrenzung gemäß § 274 HGB (latente Steuern).....	730
3.2.1	Passive (passivische) Steuerabgrenzung.....	730
3.2.1.1	Rückstellung für latente Steuern.....	731
3.2.1.2	Höhe der Rückstellung.....	731
3.2.1.3	Beispiel.....	731
3.2.2	Aktive (aktivische) Steuerabgrenzung.....	732
3.2.3	Saldierung der latenten Steuern.....	732
3.3	Besondere Bewertungsvorschriften.....	732
3.3.1	Abschreibungen.....	732
3.3.2	Wertaufholungsgebot.....	733
4.	Konzernabschluß.....	734
5.	Genossenschaften.....	734
6.	Steuerbilanz und steuerliche Ausgleichsposten.....	734
6.1	Steuerbilanz.....	734
6.2	Steuerliche Ausgleichsposten „Mehrkapital“ und „Minderkapital“	735
7.	Buchung der Gewinnverwendung.....	736

Q. Besonderheiten bei Umwandlungen

1.	Umwandlung nach Handelsrecht	738
1.2	Der Begriff der Umwandlung	738
1.3	Rechtsträger	738
1.4	Die Umwandlungsvorgänge im einzelnen	739
1.4.1	Verschmelzung	73.9
1.4.2	Spaltung	739
1.4.2.1	Aufspaltung	739
1.4.2.2	Abspaltung	739
1.4.2.3	Ausgliederung	740
1.4.3	Vermögensübertragung	740
1.4.4	Formwechsel	740
1.5	Übersicht über die nach dem UmwG zulässigen Umwandlungen.	740
2.	Umwandlung nach Steuerrecht	742
2.1	Umwandlungssteuergesetz	742
2.2	Steuerliche Rückwirkung	742
2.3	Einzelne Fälle von Umwandlungen	743
2.3.	Vermögensübertragung von Personengesellschaften	743
2.3.	Verschmelzung von Personengesellschaft auf Personengesellschaft	743
2.3. .2	Vermögensübertragung auf Kapitalgesellschaft	743
2.3. .2.1	Buchwertfortführung	744
2.3. .2.1.1	Folgen für die Einbringenden	744
2.3. .2.1.2	Folgen für die Kapitalgesellschaft	744
2.3. .2.2	Teil Wertansatz	745
2.3. .2.2.1	Folgen für die Einbringenden	745
2.3. .2.2.2	Folgen für die Kapitalgesellschaft	746
2.3. .2.3	Ansatz eines Zwischenwerts	747
2.3. .2.3.1	Folgen für die Einbringenden	747
2.3. .2.3.2	Folgen für die Kapitalgesellschaft	747
2.3. .3	Veräußerung der Gesellschaftsanteile	748
2.3. .4	Umwandlung und Umsatzsteuer	749
2.3.1.5	Sonstiges	749
2.3.2	Verschmelzung von Personengesellschaften	749
2.3.3	Umwandlung einer GmbH in eine Personengesellschaft	750
2.3.3.1	Steuerliche Schlußbilanz	751
2.3.3.2	Buchwertfortführung	751
2.3.3.2.1	Auswirkung bei der Kapitalgesellschaft	751
2.3.3.2.2	Auswirkungen bei der Personengesellschaft	751
2.3.3.4	Teilwert-Ansatz	752
2.3.3.4.1	Auswirkung bei der Kapitalgesellschaft	752
2.3.3.4.2	Auswirkungen bei der Personengesellschaft	753
2.3.3.5	Weitere Folgen für die Personengesellschaft	754
2.3.3.6	Besonderheiten bei nicht wesentlich Beteiligten	754
	Stichwortverzeichnis	755

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	=	anderer Ansicht
a.a.O.	=	am angegebenen Ort
AB	=	Anfangsbestand
Abschn.	=	Abschnitt
a.F.	=	alter Fassung
AfA	=	Absetzung für Abnutzung
AfaA	=	Absetzung für außergewöhnliche wirtschaftliche oder technische Abnutzung
AfS	=	Absetzung für Substanzverringerung
AG	=	Aktiengesellschaft
AK	=	Anschaffungskosten
AktG	=	Aktiengesetz
AO	=	Abgabenordnung 1977
a.o. Aufwand	=	außergewöhnlicher Aufwand
a.o. Ertrag	=	außerordentlicher Ertrag
Art.	=	Artikel
AV	=	Anlagevermögen
Ba-Wü	=	Baden-Württemberg
BB	=	Betriebs-Berater
BBauG	=	Bundesbaugesetz
Bd.	=	Band
BdF (BMF)	=	Bundesminister der Finanzen
BerlinFG	=	Berlinförderungsgesetz
BewG	=	Bewertungsgesetz
BFH	=	Bundesfinanzhof
BFHE	=	Entscheidung des Bundesfinanzhofs
BFH/NV	=	Sammlung amtlich nicht veröffentlichter Entscheidungen des BFH
BGB	=	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI1	=	Bundesgesetzblatt Teil I
BGH	=	Bundesgerichtshof
bgND	=	betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer
BiRiLiG	=	Bilanzrichtlinien-Gesetz
BMF (BdF)	=	Bundesminister der Finanzen
BStBl T	=	Bundessteuerblatt Teil I
Buchst.	=	Buchstabe
BV	=	Betriebsvermögen
BVerfG	=	Bundesverfassungsgericht
BW	=	Baden-Württemberg
Bw	=	Buchwert
bzw.	=	beziehungsweise
DB	=	Der Betrieb
dergl.	=	dergleichen
d.h.	=	das heißt
DM	=	Deutsche Mark
d.s.	=	das sind
DStR	=	Deutsches Steuerrecht
DStZ	=	Deutsche Steuerzeitung

EFG	Entscheidung der Finanzgerichte
EGHGB	Einführungsgesetz zum HGB
Erl.	Erlaß
ESt	Einkommensteuer
EStDV	Einkommensteuer-Durchführungsverordnung
EStG	Einkommensteuer-Gesetz
EStH	Einkommensteuer-Handbuch
EStR	Einkommensteuer-Richtlinien
EuroEG	Gesetz zur Einführung des Euro (Euroeinführungsgesetz) vom 9.6.1998 (BGBl 1998 I S. 1242)
evtl.	eventuell
EWU	Europäische Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft
f, ff.	folgende, fort folgende
FA	Finanzamt
FG	Finanzgericht
FinMin Ba-Wü	Finanzministerium Baden-Württemberg
FKPG	Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms vom 23.6.1993 (BStBl 1993 I S. 510)
FÖJG	Gesetz zur Förderung eines freiwilligen Jahres (FÖJ-Förderungsgesetz - FÖJG) vom 17.12.1993 (BStBl 1994 IS. 19)
FördG	Gesetz über Sonderabschreibungen und Abzugsbeträge im Fördergebiet (Fördergebietsgesetz) vom 23.9.1993 (BStBl 1993 IS. 853)
FR	Finanz-Rundschau
FVG	Finanzverwaltungs-Gesetz
GbR	Gesellschaft des bürgerlichen Rechts
GdBR	Gesellschaft des bürgerlichen Rechts
GewSt	Gewerbsteuer
GewStDV	Gewerbsteuer-Durchführungsverordnung
GewStG	Gewerbsteuer-Gesetz
GewStR	Gewerbsteuer-Richtlinien
GG	Grundgesetz
ggf-	gegebenenfalls
gl.A.	gleicher Ansicht
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GemG	Genossenschafts-Gesetz
GoB	Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung
GoS	Grundsätze ordnungsmäßiger Speicherbuchführung
GrESt	Grunderwerbsteuer
GrEStG	Grunderwerbsteuer-Gesetz
GuV-Rechnung	gewinn- und Verlustrechnung
GWG	geringwertiges Wirtschaftsgut, geringwertige Wirtschaftsgüter
HB	Handelsbilanz
HFR	Höchststrichterliche Finanzrechtsprechung
HGB	Handelsgesetzbuch
HK	Herstellungskosten
h.M.	herrschende Meinung
i.d.F.	in der Fassung
i.d.R.	in der Regel
IKR	Industriekontenrahmen
InvZulG	Investitionszulagengesetz

i.S.	=	im Sinne
i. V.m.	=	in Verbindung mit
JbFfSt	=	Jahrbuch der Fachanwälte für Steuerrecht
JStG	=	Jahressteuergesetz
KapSt	=	Kapitalertragsteuer
KG	=	Kommanditgesellschaft
KGaA	=	Kommanditgesellschaft auf Aktien
KiLSt	=	Kirchenlohnsteuer
Kj	=	Kalenderjahr
Kj 01, 02, 03	=	erstes Kj, zweites Kj, drittes Kj (in Beispielen)
KSt	=	Körperschaftsteuer
KStDV	=	Körperschaftsteuer-Durchführungsverordnung
KStG	=	Körperschaftsteuer-Gesetz
KStR	=	Körperschaftsteuer-Richtlinien
KVStG	=	Kapitalverkehrsteuer-Gesetz
LG	=	Leasing-Geber
LN	=	Leasing-Nehmer
LSt	=	Lohnsteuer
LStDV	=	Lohnsteuer-Durchführungsverordnung
m.E.	=	meines Erachtens
MWR	=	Mehr- und Weniger-Rechnung
MWSt	=	Mehrwertsteuer (Umsatzsteuer)
NJW	=	Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	=	Nummer
OFD	=	Oberfinanzdirektion
OHG	=	Offene Handelsgesellschaft
PartG	=	Partnerschaftsgesellschaft
PartGG	=	Partnerschaftsgesellschaftsgesetz
PB	=	Prüferbilanz
RAP	=	Rechnungsabgrenzungsposten
RennwLottAB	=	Ausführungsbestimmungen zum Rennwett- und Lotteriegesetz
RennwLottG	=	Rennwett- und Lotteriegesetz
RfE	=	Rücklage für Ersatzbeschaffung
RFH	—	Reichsfinanzhof
RStBL I	=	Reichsteuerblatt Teil I
S.	=	Seite
SachBezV	=	Sachbezugsverordnung
SchutzbauG	=	Schutzbaugesetz
s.o.	=	siehe oben
so. betr. Aufw.	=	sonstige betriebliche Aufwendungen
so. betr. Ertr.	=	sonstige betriebliche Erträge
sog.	=	sogenannt
SoLZ	=	Solidaritätszuschlag
Sopo	=	Sonderposten mit Rücklageanteil
St.	=	Stück
StB	=	Steuerbilanz
StBp	=	Die steuerliche Betriebsprüfung
SteuerStud	=	Steuer und Studium (Zeitschrift)
StGB	=	Strafgesetzbuch
stl.	=	steuerlich
stl. BP	=	steuerliche Betriebsprüfung
STEd	=	Steuer-Eildienst (Zeitschrift)

StMBG	= Gesetz zur Bekämpfung des Mißbrauchs und zur Bereinigung des Steuerrechts vom 21.12.1993 (BStBl 1994 I S. 50)
StOG	= Standortsicherungsgesetz
Stpfl.	= Steuerpflichtiger
StuW	= Steuer und Wirtschaft
StW	= Steuer-Warte
s.u.	= siehe unten
TW	= Teil wert
Tz	= Textziffer
u.	= und
u.a.	= unter anderem
u.a.	= und ähnliche
u.E.	= unseres Erachtens
u.f.	= und folgende
UmwG	= Umwandlungsgesetz
UmwStG	= Gesetz über steuerliche Maßnahmen bei Änderung der Unternehmensform
UmwStG n.F.	= Umwandlungssteuergesetz i.d.F. vom 28.10.1994
UmwStErl.	= Umwandlungssteuererlaß
USt	= Umsatzsteuer
UStDV	= Umsatzsteuer-Durchführungsverordnung
UStG	= Umsatzsteuer-Gesetz
UStR	= Umsatzsteuer-Richtlinien
usw.	= undsoweiter
u.U.	= unter Umständen
UV	= Umlaufvermögen
VAG	= Gesetz über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmen (Versicherungsaufsichtsgesetz)
VermBG	= Vermögensbildungsgesetz
VersStDV	= Versicherungssteuer-Durchführungsverordnung
Vfg.	= Verfügung
vgl.	= vergleiche
v.H.	= vom Hundert
VO	= Verordnung
VorSt	= Vorsteuer (Eingangs-Umsatzsteuer)
VSt	= Vermögensteuer
VStG	= Vermögensteuer-Gesetz
VStR	= Vermögensteuer-Richtlinien
VVaG	= Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
WEG	= Wohnungseigentumsgesetz
WG	= Wechselgesetz
Wj	= Wirtschaftsjahr
Wj 01, 02, 03	= erstes Wj, zweites Wj, drittes Wj (in Beispielen)
Wpg	= Wirtschaftsprüfung
WstDV	= Wechselsteuer-Durchführungsverordnung
WStG	= Wechselsteuer-Gesetz
z.B.	= zum Beispiel
Ziff.	= Ziffer
ZPO	= Zivilprozeßordnung
z.T.	= zum Teil
ZVG	= Gesetz über die Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung